

Metall-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und der Allgem. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter.

Erscheint wöchentlich Samstags.

Abonnementspreis pro Quartal 80 J.
Zu beziehen durch alle Post-Anstalten.

Nürnberg, 22. Mai 1899.

Inserate die dreispaltene Petitzeile oder deren Raum 30 J.
Redaktion und Expedition:
Nürnberg, Weizenstraße Nr. 12.

Inhalt: Der Arbeitsmarkt in der Metall- und Maschinenindustrie. — Die Durchführung des Arbeiterschutzes in Bayern. (Schluß). — Der Kampf um die Herrschaft auf dem Arbeitsmarkte. II. — Dritter Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands. — Die Stellung der Ärzte zu den Krankenkassen. — Aus Oesterreich. — Deutscher Metallarbeiter-Verband: Bekanntmachung des Vorstandes. Mitteilung über die im April eingegangenen Verbandsgelder. — Korrespondenzen. — Allg. Kr.- u. St.-K. der Metallarb.: Abrechnung der Hauptkasse pro April 1899. — Die Industrie der Petroleumlampe und ihre Entwicklung. — Rundschau.

Zur Beachtung.

Zug ist fernzuhalten:

- von Aluminiumschlägern nach Schwabach Str.;
- von Bauschlossern nach Mannheim;
- von Drechern, Hoblern und Schloßern nach Crimmitschau Str., nach Döhlen (Sächs. Gußstahlfabrik), nach Pögesack (Bremer Vulkan) u.;
- von Feilenhäufern u. nach Kirchheim u. Teck;
- von Feilen Schleifern nach Chemnitz Str.;
- von Feingoldschlägern nach Nürnberg und Schwabach Str.;
- von Fläschern (Klempnern) nach Kiel u., nach Lübeck u., nach München (Schneider) Str., nach Stuttgart u.;
- von Formern nach Alt- und Neugersdorf (Oberlausitzer Eisengießerei Thiele & Lindner) Str., nach Bielefeld (Temperformer) (Firma W. Kramer), nach Büschow (F. A. Große) u., nach Gbadorf bei Leipzig (Firma Wiedemann) u., nach Gberwalde u., nach Gilenburg u., nach Gßen a. d. Ruhr, nach Halle-Büschdorf (A. Jabobi), nach Kiel (Hovalbis-Werke) Str., nach Heilbronn (Wolff) Str., nach Kaiserslautern Str., nach Rauchhammerwerke in Rauchhammer, Preßen-Grödtz, Burghammer und Kiesa u., nach Leipzig (Firma Sac. Stahlgießerei) u., nach Leipzig-Leubsch (Weder u. Co.) Str., nach Leipzig u., nach Lübeck, nach Nürnberg (Schudert) Str., nach Rathenow (Otto Schmidt) Str., nach Torgelow Str., nach Tuffenhausen (G. Kuhn) Str., nach Tvaranger in Norwegen (Stabanger Stöber & Doh) Str.;
- von Maschinenschlossern nach Crimmitschau (Kettling u. Braun) Str.;
- von Metallarbeitern nach Leipzig (Jäger & Rothe), nach Leipzig-Lindenau (Jäger u. Co.) Str., nach Kaufbeuren u., nach Zirndorf (Wolz & Hammerbacher); nach Torgau Maschinenfabrik von Braun & Sohn) u., nach Gelsenkirchen-Schalke u.;
- von Schlägern nach Lechhausen, nach München;
- von Silberschlägern nach Fürth und Schwabach Str.;
- von Siebmachern nach München;
- von Schlossern nach Weimar;
- von Schmieden nach Dresden, nach Weimar.

(Die mit St. bezeichneten Orte sind Streikgebiete, welche überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streik in Aussicht; L.: Lohnbewegung; A.: Aussperrung; D.: Differenzen; M.: Maßregelung; N.: Lohn- oder Urtford-Reduktion.)

Der Arbeitsmarkt in der Metall- und Maschinenindustrie.

Die in der Metall-, Maschinen- und Kohlenindustrie in einem noch nie dagewesenen Umfange herrschende Produktemachfrage, der Umfang der kaum mehr zu bewältigenden Aufträge, die stetige Erweiterung der bestehenden und die Errichtung neuer Betriebe haben den Arbeitsmarkt derart günstig gestaltet, daß die Klagen über Arbeitermangel trotz der fortwährenden Erhöhung der Arbeiterzahl weiter erhoben werden und offenbar auch begründet sind. Dabei ist, wie sehr richtig der „Arbeitsmarkt“ konstatiert, der Beschäftigungsgrad in der Eisenindustrie noch von Monat zu Monat im Wachsen begriffen. Der Andrang der Aufträge ist so gewaltig, wie nie zuvor und noch zu keiner Zeit konnte von einem so ausgesprochenen Mangel an Roh- und Halbstoffen die Rede sein, wie gegenwärtig. Es kommt denn auch vor, daß selbst solche Fabriken, die alljährlich Tausende von Tonnen in Eisen und Stahl verarbeiten, kaum im Stande sind, sich unmittelbar von den Werken Roh- und Halbstoffe

zu beschaffen. Fast alle Waaren sind in den verschiedensten Erzeugnissen auf Jahresfrist vollständig ausverkauft. Die Werke halten sich sehr häufig nicht an die Preise der Syndikate, sondern fordern bedeutend mehr. In Feinblechen herrscht jetzt eine derartige Nachfrage, daß der Syndikatspreis von 145 auf 150 erhöht wurde. Trotzdem liegen schon für die zweite Hälfte des Jahres Offerten mit 160 Mk. vor. Bei dieser günstigen Konjunktur, meint der Arbeitsmarkt, darf jedoch nicht außer Acht gelassen werden, daß dieselbe in Wirklichkeit nicht durch den vorliegenden Bedarf, sondern zum Teil durch die Befürchtung weiterer Preiserhöhungen entstanden ist. Die ganze günstige Bewegung ist mehr spekulativer Natur, als dem Umfange des tatsächlichen Bedarfs angepaßt. In erster Linie sind es die Großhändler, die ungeheure Mengen Material erworben haben, ohne daß die Gewißheit bestünde, daß dieses Material dem wirklichen Verbrauch zugeführt würde. Fabrikanten, die Mangel an Material haben und von den Roheisenproduzenten nichts bekommen können, sind — während sie es früher ablehnten, mit irgend einem Großhändler zu arbeiten — heute vielfach froh, von einem solchen überhaupt Waare zu bekommen. In diesem auf Spekulation beruhenden starken Beschäftigungsgrad der Eisenwerke liegt ein besorgniserregendes Element für die fernere Zukunft des Arbeitsmarktes. — Wir theilen diese pessimistische, in vorstehenden Ausführungen zum Teil auch selbst widerlegte Auffassung nicht; was über den Handel selbst gesagt ist, kann man gegen den Handel überhaupt sagen. In der That sind alle weiterverarbeitenden Industrien derart reichlich beschäftigt, daß man die große Nachfrage nach Roheisen u. als eine dem wirklichen Bedarf entsprechende bezeichnen darf.

Im Einzelnen ist zu sagen, daß die Maschinen-, Lokomotiv- und Waggonfabriken, die Schiffsbauanstalten, die elektrotechnischen Fabriken u. voll beschäftigt sind und stets noch mehr erweitert und vermehrt werden. So hat der preussische Eisenbahnminister 1000 Güterwagen für den Kohlentransport in Auftrag gegeben, die speziell für den rheinisch-westfälischen Industriebezirk bestimmt sind. Das Kartell der deutschen Lokomotivfabriken hat seitens der preussischen Staatsbahnverwaltung Anfangs März 245 Lokomotiven zur Lieferung in den Monaten April bis Juni 1900 zugestimmt erhalten. Auf der Generalversammlung des Vereins der Maschinenindustriellen führte dessen Geschäftsführer, Ingenieur Schröder, als Beweis für die außergewöhnlich reichliche Beschäftigung der Maschinen-, speziell der Lokomotivfabriken an, daß die Basalindustrie-Gesellschaft bei Ling am Rhein eine Lokomotive, die sie für ihre Steinbrücke nötig hat, in Deutschland nicht geliefert haben konnte und deshalb gezwungen war, sich wegen der Beschaffung derselben nach Belgien zu wenden. Die beiden Breslauer Waggonfabriken, welche zu den größten Etablissements dieser Branche in Deutschland gehören, sind für das Jahr 1899 nahezu voll besetzt und einzelne Lieferungsabschlüsse erstrecken sich sogar bis ins Jahr 1900 hinein. Namentlich liegen auch umfangreiche Bestellungen für's Ausland vor. Ein Beweis für die starke Beschäftigung liegt auch in dem Umstande, daß genannte Fabriken an die Staatsbahnverwaltungen das Ersuchen stellten mußten um Verlängerung der Lieferungsstermine. Auch die Wagenbauanstalten und Waggonfabriken für elektrische Bahnen in Hamburg sind bei erhöhter Arbeiterzahl auf zirka drei Viertel Jahre voll beschäftigt. Ebenso hat das Greifenberger Walzwerk, Abtheilung Waggonbau in Düsseldorf, das außerhalb des Kartells der Waggonfabriken steht, durch eine geringe Unterbietung die Lieferung einer großen Anzahl Personen-, Güter- und Blattformwagen erhalten. So ziemlich sämtliche Waggonfabriken sind zur Zeit mit einem derart großen Bestand an Aufträgen versehen, wie er bisher noch

niemals erreicht wurde. Maschinenfabriken, welche Ausrüstungen für Zuckerraffinerien übernehmen, sind zum Teil durch russische Bestellungen beschäftigt, so die Sangerhäuser Maschinenfabrik, die Maschinenfabrik Grebenbroich, die Subenburger Maschinenfabrik, die Braunschweiger Maschinenbauanstalt. Stark in Anspruch genommen sind auch die Arbeiter der Schiffswerften, auf deren Beschäftigungsgrad natürlich die Annahme des Flottengesetzes von förderlichem Einfluß war. So hat z. B. die Schiffswerft in Wilhelmshaven die Fertigstellung zweier Linienschiffe, die vermehrte Indienststellung von modernen Schiffen zu beschleunigen und dadurch ein Uebermaß von Arbeit. Um sie unter allen Umständen rechtzeitig erledigen zu können, sind eine Reihe von Neuanlagen erforderlich geworden, die ihrer demnächstigen Fertigstellung entgegen gehen und zahlreiche Neueinstellungen von Arbeitern zur Folge haben werden. Auch der Stettiner Vulkan scheint sich wesentlich vergrößern zu wollen. Seine Arbeiterzahl dürfte sich daher verdoppeln. Er will nämlich in Hamburg eine großartige Schiffswerft errichten.

Wie die vorgenannten, so machen noch eine ganze Reihe von Aktiengesellschaften in ihren Geschäftsabschlüssen für 1898 Mittheilungen über ihren Beschäftigungsgrad und über die Aussichten für 1899. So bemerkt die Schiffswerft und Maschinenfabrik Neptun in Rostock, daß für das laufende Geschäftsjahr wieder ein befriedigendes Ergebnis in Aussicht steht. In der Generalversammlung der Maschinen- und Armaturenfabrik vorm. Brauer in Höchst a. M. erklärte auf gestellte Anfrage hin der Vorstand, daß die Aussichten für das laufende Jahr gute, die Preise lohnende seien: im ersten Quartal sei ein Mehrumsatz von 25 pCt. erzielt worden. Die Metallwerke in Hamburg sind befriedigend beschäftigt, die Fabrikationsräume sollen erweitert und der Maschinenpark vermehrt werden. Ver. Schönbach'sche Werke in Dresden: In den ersten drei Monaten des laufenden Geschäftsjahres erweise sich der Geschäftsgang als ein zu den besten Hoffnungen berechtigender. Siegener Eisenindustrie in Siegen: Das Werk sei gut beschäftigt und habe auf sehr lange Zeit zu sehr lohnenden Preisen verkauft, so daß für das laufende Jahr ein günstiges Ergebnis zu erwarten stehe. Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken in Oberndorf und Karlsruhe: Bei Schluß des Geschäftsjahres liegen 21 Millionen Mark unerledigte Aufträge vor, wozu seitdem weiter 1 1/2 Millionen gekommen sind. Filter- und Brautechnische Maschinenfabrik in Worms a. Rh.: Im neuen Jahre seien die Werke vollauf beschäftigt und liegen Aufträge auf Monate hinaus vor, weshalb wieder ein günstiges Ergebnis in Aussicht gestellt werden könne. Nähmaschinenfabrik Koch in Bielefeld: Die Aussichten für das laufende Geschäftsjahr sind gute. Maschinenfabrik Grikner in Durlach: Die Nähmaschinenfabrik und Schreinereien seien über ihre Leistungsfähigkeit, die Abtheilung für Maschinenfabrikation gut beschäftigt; auch die Aussichten der Fahrradbranche seien für das neue Jahr gute. Düsseldorf Maschinenbau-Aktiengesellschaft: Die Aussichten für das neue Geschäftsjahr seien durchaus gut, da bisher schon erheblich mehr Aufträge vorliegen, als zur gleichen Zeit des Vorjahres und zahlreiche Anfragen den unvermindert großen Bedarf der Kundschaft erkennen lassen. Ver. Kammerich'sche Werke in Berlin und Schlöden: Das Unternehmen ist in allen Fabrikationszweigen vollauf beschäftigt. Maschinen- und Werkzeug-Fabrik in Cöthen-Anhalt: Reichliche Aufträge, namentlich vergrößert sich der Kundenkreis für Zuckerraffinerie-Einrichtungen und für Rübenzerkleinerungs-Maschinen mit patentirten Messern fortwährend. Berthold, Messinglinienfabrik und Schriftgießerei in Berlin: Im laufenden Jahre ist die Gesellschaft bis jetzt in allen ihren Betrieben stark beschäftigt. Gwalbs-Werke in Kiel: Die Werk in Kiel

hat für den Sommer für etwa 3 Millionen Mark Aufträge, während die alte Anlage für das ganze neue Geschäftsjahr mit etwa 5 Millionen Mark Aufträgen voll besetzt sei. Die Nachfrage sei unverändert gut. Maschinenfabrik Gutzmann in Breslau: Sehr befriedigender Geschäftsgang, insbesondere günstige Entwicklung der Berliner Filiale und der neu aufgenommenen Branche der Eis- und Kühlmaschinen. Nienburger Eisengießerei und Maschinenfabrik Berlin: Auftragsbestand 358447 Mk. gegen 161352 Mk. im Vorjahr. Die Sangerhäuser Maschinenfabrik hat für 3 Millionen Mark Aufträge. Die Hannoverischen Wagenfabriken um 200 000 Mk. mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Maschinenfabrik Germania in Chemnitz: Das neue Geschäftsjahr habe unter günstigen Aussichten begonnen; die vorliegenden Aufträge, an welchen sämtliche Abteilungen partizipieren, bieten für längere Zeit noch gute Beschäftigung.

Vor uns liegen noch einige weitere Duzende von Geschäftsberichten, die alle in gleicher Weise die günstige Geschäftslage darstellen. Selbstverständlich befinden sich die Fabriken der Einzelunternehmer, die keine Geschäftsberichte veröffentlichen, in ebenso günstiger Lage. Einzige die Kleinindustrie läßt noch Klagen über unbefriedigende Geschäftslage vernehmen und in Siegburg sollen aus den beiden egl. Werken der Geschloßfabrik und dem Feuerwerkslaboratorium wegen Mangel an Arbeit 500 bis 600 Arbeiter entlassen werden. Das sind jedoch Einzelercheinungen, die das Gesamtbild der blühenden Prosperität nicht zu trüben vermögen.

In welchem Maße die Zahl der Arbeiter sich fortwährend vermehrt, zeigt die Uebersicht über die Zahl der Ortskrankentassen-Mitglieder verschiedener Städte, die der „Arbeitsmarkt“ veröffentlicht. Darnach wurden in Berlin am 1. Januar 1899 6871 (1. Januar 1898 5992) Kämpfer gezählt; am 1. März 6883 (6525) und am 1. April 6983 (6740); ebenda Maschinenbauer am 1. Februar 18290 (16956) und am 1. April 18055 (16963). Gegenüber dem Jahr 1898 eine ganz bedeutende Vermehrung, wobei nicht zu vergessen ist, daß die großen Fabriken ihre eigenen Betriebsklassen haben. In München zählten die Ortskrankentassen am 1. März 1899 10102 (1. März 1898: 9186) und am 1. April 10063 (9680) Metallarbeiter unter ihren Mitgliedern usw.

Der Arbeitsmarkt in der deutschen Metall- und Maschinenindustrie ist, alle Einzelheiten zusammengesetzt, als ein glänzender zu bezeichnen und in fast allen übrigen Industrien ist die Geschäftslage die gleiche. Dieser Stand des nationalen Wirtschaftslebens stellt der Leistungsfähigkeit und Tüchtigkeit der deutschen Arbeiter das beste, das glänzendste Zeugnis aus und nicht minder dem allseitig guten und förderlichen Einflusse der Arbeiterbewegung. Die Anerkennung dafür soll der Arbeiterklasse in Gestalt des Buchtausturmes gezollt werden.

Die Durchführung des Arbeiterschutzes in Bayern.

(Schluß.)

Die bereits angeführten Zahlen über den Umfang der weiblichen Erwerbstätigkeit (90855 Arbeiterinnen) und die im Jahre 1898 eingetretene weitere Ausdehnung (um 4570 Arbeiterinnen) derselben läßt ihre große Bedeutung für das Erwerbsleben der Männer und zugleich für das ganze nationale Wirtschaftsleben erkennen. Sowohl die Betriebe, welche Arbeiterinnen beschäftigen, vermehren sich, als auch die Zahl der Arbeiterinnen in den Betrieben, die bisher schon Frauenarbeit anwandten; dabei hat das Arbeiterschutzesgesetz mit seinen besonders den Arbeiterinnen gewidmeten Schutzbestimmungen nicht einmal bewirkt, wirklich unpassende Beschäftigung der Frauen zu verhüten. So berichtet der Augsburger Aufsichtsbeamte von höchst ungeeigneter Verwendung von Frauen im Berggewerbe. „Die Arbeiterinnen sind hier meistens als Handangerinnen, Mörtelträgerinnen, Steinträgerinnen beschäftigt, also mit Arbeiten, die dem weiblichen Organismus gewiß nicht zuträglich, ja sogar sehr schädlich sein können und deren Beseitigung oder doch Einschränkung höchst wünschenswert erscheint.“ Der pfälzische Beamte berichtet: Eine im Auftragsdienst neuartige Verwendung von Arbeiterinnen fand sich in einer Bürstenfabrik, indem dieselben daselbst zum Bohren der Bürstenhölzer mittelst Maschinen beschäftigt wurden. Angeklagt war Mangel an männlichen Arbeitern die Bewerblaffung. Der Tagesverdienst im Accord beträgt 1—1,50 Mk. Wenn die bei dieser Arbeit einem beständigen Druck ausgelegte Brust auch durch Polsterung geschützt wird und der Druck nicht stark ist, so wurde doch eine bezirksärztliche Aeußerung hierüber veranlaßt. Nach

derselben bestehen aber gegen diese Beschäftigungsweise keine Bedenken.

In uns erweckt aber dieses bezirksärztliche Gutachten lebhaftes „Bedenken“, die sich allerdings gegen die sozialpolitische Unwissenheit und Verstandlosigkeit von 99 pCt. unserer Aerzte überhaupt richten, die, man möchte es manchmal meinen, rein mechanisch ihren hohen und idealen Beruf ausüben. Diese Anschauung scheint allmählich auch in den Kreisen der Aufsichtsbeamten Platz zu greifen. So befürwortet der unterfränkische Inspektor die Anstellung besonderer Amtsärzte für den Gewerbeaufsichtsdienst, welchen Vorschlag wir auf's Wärmste begrüßen und dem wir weitere Beachtung sowie baldige Verwirklichung wünschen. Der genannte Beamte legt seinem Vorschlag mit Recht große Wichtigkeit bei und bemerkt sodann noch dazu: „Zum Beweise hierfür mag, unter Abnahme von allem Weiteren, nur angeführt werden, daß der hauptsächlich oder nur im Gebiete der Gewerbehygiene arbeitende Arzt in Folge seiner reichen Erfahrung, die er durch den regelmäßigen Besuch der Betriebe und durch eingehende dauernde Beobachtung der Arbeitsmethoden sammelt, sehr wahrscheinlich über strittige Punkte ein zutreffenderes Urtheil fällen wird, als derjenige, welcher nur einen flüchtigen Einblick in diese Verhältnisse thun kann.“ Diese Begründung ist durchaus zutreffend.

Zur Würdigung der weiblichen Fabrikarbeit ist noch folgende Mittheilung desselben Inspektors beachtenswerth: „Trotz der sehr erheblichen Verminderung der Gesamtarbeiterzahl in den Gußstahlkugelfabriken blieb die Zahl der Arbeiterinnen in der Metallindustrie zunächst noch ziemlich unverändert, weil eine Metallwaarenfabrik mehr Arbeiterinnen einstellte und die Gußstahlkugelfabriken mit fast der gleichen Arbeiterinnenzahl zunächst weiter arbeiteten. Für die Arbeiterinnen fand sich in diesen Fabriken aus denselben Gründen wie unter a 1 für die Jugendlichen angegeben, weitere Beschäftigungsgelegenheit.“ Die angezogene Bemerkung betreffend die Jugendlichen konstatirt als Ursache des starken Bedarfs an jugendlichen Arbeitern, den die großen Betriebe haben, daß der jugendliche Arbeiter eben billiger ist als der erwachsene.

In Mittelfranken sind Arbeiterinnen bei den mit Wasserkraft betriebenen Metallhammerwerken auf dem Lande beschäftigt, die im Accordlohn arbeiten, und nicht begreifen wollen, daß ihre Arbeitsdauer einer Beschränkung unterliegen soll.“ Hier thut also Aufklärung noth. In den Schuder'schen Elektrizitätswerken in Nürnberg haben die Arbeiterinnen eine 9/10stündige Arbeitszeit bei 1 1/2stündiger Mittagspause, während die Männer 10 Stunden arbeiten. Nach demselben Berichte mußte durch die Assistentin die Beschäftigung einer Frau in geeigneten Umständen an einer Maschine beanstandet werden. In 27 Prozent aller beschäftigten Betriebe fanden sich Arbeiterinnen an Maschinen beschäftigt.

Auf einem großen Hüttenwerke in der Oberpfalz (Magilianshütte?) werden Arbeiterinnen täglich 10 Stunden lang mit dem Abladen von Kohlen und Koks beschäftigt — eine für Frauen doch gewiß ungeeignete Beschäftigung. In einer Knopfdreherei war eine Frau mit der Bedienung einer Fußdrehbank beschäftigt, in einer kleinen Mühle die Tochter des Besitzers mit dem Aufschütten; in beiden Fällen wurde die Beschäftigung beanstandet.

Als Gemüthsmenschen sind von jeher die Ziegeleibesitzer bekannt. Nach dem niederbayerischen Berichte macht sich Seitens derselben und vielfach der Arbeiterinnen (!) der Wunsch geltend, die Thätigkeit auf 12 Stunden im Tag auszu dehnen, sowie an Sonntagen gleich den anderen Betriebstagen arbeiten zu dürfen; letzterer Wunsch bezieht auch in anderen Fabriken, in diesen wie in jenen doch zur Seitens der Arbeitgeber.“ Natürlich, endlose Arbeitszeit für die Arbeiter und Arbeiterinnen, während die Herren „Brodgeber“ selbst Tag für Tag 24 Stunden mit Müßiggang und „Erholung“ verbringen. Einen sehr ungünstigen Einfluß auf die Arbeitsverhältnisse, namentlich bezüglich der Arbeitszeit, aber auch bezüglich der Arbeitslöhne sowie der ganzen Lebenshaltung scheinen die italienischen Arbeiter, aber auch die Lipper u. a. in der Ziegelei- und anderen Industrien auszuüben. Diese sozial rückständigen und tiefstehenden Arbeiter arbeiten je länger je lieber und halten sich an keinerlei Vorschriften, mit welcher Disziplinlosigkeit und Rücksichtslosigkeit die Unternehmer wenigstens innerlich sehr einverstanden sein dürften. Die organisierten Arbeiter aus ihre Presse dürfen dieser äußerst bedenklichen Erscheinung vermehrte Aufmerksamkeit widmen.

Bezüglich der weiblichen Arbeit seien schließlich noch die Darlegungen des oberbayerischen Inspektors

erwähnt. Er schreibt: „Was die Beschäftigungsart angeht, so wurden in einzelnen Ziegeleien Arbeiterinnen in gesetzwidriger Weise bei der Gewinnung und dem Transporte von Rohmaterialien verwendet; Anlaß hierzu gab für den Unternehmer der Umstand, daß diese Arbeiterinnen einen geringeren Lohn als selbst jugendliche Arbeiter beansprucht hatten. In einer Ziegelei besorgte eine Arbeiterin das Befeuern des Ringofens; die von Aussichtswegen angeordnete Zuweisung einer anderen Beschäftigung hatte für die betreffende Arbeiterin eine wöchentliche Lohnminderung von 3—6 M zur Folge. Die Verwendung Schwangerer bei Arbeiten, welche eine andauernd gebückte Körperhaltung erfordern (Kistenpacken u. dgl.), mußte gleichfalls beanstandet werden. Als ein Bedürfnis wurde es anerkannt, in Betrieben, in denen die Arbeit stehen verrichtet werden muß, für passende, von Arbeiterinnen während der Pausen zu benutzende Sitzgelegenheit zu sorgen. Beanstandet wurde ferner in einer Emailfabrik ein in der Hofunterkellerung befindliches gesundheitsschädliches Lokal, in welchem Arbeiterinnen beschäftigt wurden. Im Ganzen waren hinsichtlich ungeeigneter Beschäftigung von Fabrikarbeiterinnen 26 Auflagen größerer Art erforderlich. Die Arbeitsräume sind insbesondere in den älteren Theilen Münchens oft bis zur äußersten Grenze ausgenutzt, weshalb das Verlangen, eine Trennung der Arbeiter nach Geschlechtern herbeizuführen, oder Bedürfnisanstalten, Wasch- und Umkleieräume in der erforderlichen Weise herzustellen, vielen Schwierigkeiten begegnet.“

Auch bezüglich der Arbeitsverhältnisse der jugendlichen Arbeiter existiren viele Mißstände. Wie sehr bei dem gewinnlüchtigen Haschen der Unternehmer nach billiger Arbeit jede Rücksicht verschwindet, zeigt der oberbayerische Aufsichtsbeamte durch seine Mittheilung, daß in einer Gummiwaarenfabrik jugendliche Arbeiter entgegen der bestehenden Bundesrathsbestimmung mit der Anfertigung sogenannter Präservativs beschäftigt wurden. Von demselben Beamten erfährt man auch, daß eine Schriftgießerei die achtstündige Arbeitszeit hat und ihr gestattet worden ist, die Mittagspause der jungen Leute wegfällen zu lassen, nach dem diese Regelung einerseits den Betrieb wesentlich verbilligt und andererseits den Arbeitern eine längere Freiheit gewährt. Hier wird amtlich die Auffassung auf Grund der Praxis als richtig bestätigt und vertreten, welche die Arbeiterschaft der ganzen Welt vom Achtstundentag hat.

In der Pfalz ist im Berichtsjahre die Zahl der in den Maschinenfabriken beschäftigten jungen Leute allein um 144, auf 759 gestiegen. In einer oberpfälzischen Maschinenfabrik waren neben 38 erwachsenen 8 Knaben und 15 Jugendliche beschäftigt. Ein oberfränkischer Maschinenfabrikant hatte sich in der bekannten Mißachtung der gesetzlichen Vorschriften Seitens dieser Herren im Lehrvertrag das Recht ausbedungen, die jugendlichen Lehrlinge über die gesetzlich zulässige Arbeitszeit hinaus beschäftigen zu dürfen. Auf Einschreiten des Aufsichtsbeamten wurde diese gesetzwidrige Bedingung aus den Lehrverträgen entfernt.

Im Nürnberg-Fürther Industriebezirk entfallen allein auf die vielgestaltige Metallindustrie 27 Proz., auf die hochentwickelte Maschinen-, Kienwagen- und elektrotechnische Industrie 21 Proz. Sämmtlicher 3062 Jugendlichen im mittelfränkischen Aufsichtsbezirk.

Aus den Schilderungen der Lage der Arbeiter im Allgemeinen sei für heute nur einiges Wenige mitgetheilt. So hebt der oberbayerische Inspektor mit Recht hervor, daß in den letzten Jahren Maschinen zur Einführung gelangten, welche mit der Zeit eine merkbare Verdrängung von Arbeitskräften bewirken können, so die Sechsmaschine, die Zwielmaschine, Flaschenreinigungsmaschine, Zigarettenmaschine u. dgl. „Bis jetzt haben diese neuen maschinellen Einrichtungen im Aufsichtsbezirk keinen Einfluß auf die Arbeitsgelegenheit ausgeübt. Vereinzelt wurde als Folge von Streiks eine Vermehrung der Hausindustrie beobachtet.“ Letztere Beobachtung ist für die Arbeiterschaft ein neuer Grund, die Hausindustrie immer entschiedener zu bekämpfen.

Bezüglich der Arbeitszeit sind im verfloffenen Jahre in fast allen Aufsichtsbezirken weitere Fortschritte in deren Verkürzung gemacht worden, meistens auf Initiative der organisierten Arbeiter und durch friedliche Verständigung oder durch Kampf. In einigen Fällen ist aber auch und dies konstatiren wir sehr gern als ein erfreuliches Zeichen dafür, daß das Bewußtsein für die Bestrebungen der Arbeiter doch immer weiteren Kreisen Platz greift, die Arbeitszeit von den Unternehmern selbst herabgesetzt worden, von 11 auf 10 und 9 1/2 Stunden, während in einer neuerrichteten Akkumulatorenfabrik sofort mit der

schon stundentag (pfälzischer Aufsichtsbezirk) begonnen wurde. Auf der anderen Seite ist aber die Arbeitszeit von über 10, über 11 und sogar über 12 Stunden in einem ebenso bedenklichen wie bedauerlichen Umfange noch verbreitet. So hatten in Oberbayern von 651 revidierten Fabriken 294 eine tägliche Arbeitszeit bis zu 10, 168 bis zu 11, 104 bis zu 12 Stunden und 65 eine noch darüber hinausgehende Arbeitszeit, während in 20 Betrieben dieselbe überhaupt nicht geregelt war. Noch mehr verbreitet ist die lange Arbeitszeit im Handwerk. Von 685 Betrieben hatten nur 189 eine tägliche Arbeitszeit bis zu 10, 119 aber bis zu 11, 108 bis zu 12 und 160 bis über 12 Stunden, während 110 Betriebe überhaupt keine geregelte Arbeitszeit hatten. In Niederbayern hatten 65 Prozent der Fabrikbetriebe tägliche Arbeitszeiten bis zu 11 und 35 Prozent bis zu 12 Stunden und darüber; in der Pfalz 31,9 Prozent unter 8 bis zu 10, 59 Prozent bis zu 11 und 9, 1 Prozent über 11 Stunden; in Mittelfranken 51 Prozent unter 7—10, 30,8 Prozent bis 11 und 18,2 Prozent über 11 Stunden resp. 5 Prozent von letztern ohne feste Regelung. In der Pfalz arbeiteten in 7 Ziegeleien und 3 Steinbrüchen die Italiener, Sipper und Westfalen täglich 12—14 Stunden und darüber, an einem Bau Dieburger Maurer 12 Stunden, während die einheimischen Arbeiter nur 10—11 Stunden einhalten. In diesen Zuständen liegt ein äußerst bedenklicher und gefährlicher Zündstoff. Nach dem pfälzischen Bericht mußte in einigen Betrieben die beabsichtigte Ueberzeitarbeit unterbleiben, weil sich dagegen die Arbeiter ablehnend verhielten. Das war sehr recht, denn wie auch der unterfränkische Beamte berichtet, wird durch die viele Ueberzeitarbeit, zu der hin und wieder die Arbeiter durch äußerst dehnbare Bestimmungen in der Arbeitsordnung verpflichtet werden, die regelmäßige tägliche Arbeitszeit illusorisch gemacht. Zugleich fehlen öfters die auf die Ueberarbeit bezüglichen Lohnabmachungen. Allen bezüglichen Anträgen auf Abänderung wurde Folge gegeben.

Die Verlängerung der Mittagspause hat weitere Fortschritte gemacht, so in Nürnberg und Fürth zc., es gibt aber Unternehmer, die lieber Arbeiterinnen entlassen, als ihnen eine 1 1/2 stündige Mittagspause zu gewähren. Die gesetzlichen Bestimmungen über die Lohnzahlung, Bußenwesen resp. Verwendung der Bußengelder, Trudhsystem, Arbeitsordnungen, Beschaffenheit der Arbeitsräume, Schutzvorrichtungen, Sonntags- und Nacharbeit, Bäderverordnung zc. werden natürlich noch immer häufig übertreten und kämpfen die Aufsichtsbeamten gegen eine renitente, gesetzes- und ordnungsfeindliche, disziplinlose, anarchisirende Unternehmergesellschaft. Man darf den Gesetzesverächtern diese Titel beilegen, denn gerade jene anständigen Unternehmer, welche Gesetz und Recht respektieren, beweisen, daß die Durchführung des Arbeiterschutzes mit gutem Willen möglich ist.

Für die Verlängerung der Arbeitszeit erhielten 218 (1897 212) Anlagen mit 15,450 (15,701) Arbeiterinnen in 368 (375) Fällen Bewilligung auf eine Gesamtdauer von 4491 (4229) Tagen und 313,707 (324,159) Stunden. 22 (26) Betriebe mit 1554 (1038) Arbeiterinnen erhielten die behördliche Erlaubnis zur Verlängerung der Arbeitszeit am Samstag um 1—3 Stunden. Gesetzesübertretungen wurden insgesamt 2980 (3092) in 1420 (1381) Anlagen festgestellt und deswegen — 46 (32) Personen bestraft. Diese Daten betreffen den Schutz der Jugendlichen. Wegen Uebertretung der Bestimmungen zum Schutz der Arbeiterinnen in 1007 (851) Fällen und in 258 (256) Betrieben wurden 6 (13) Personen bestraft! Da die Bußen meistens auch noch geringfügig sind, so bleibt für struppellose Unternehmer nach wie vor die Gesetzesübertretung ein rentables Geschäft. Aber wann man bei dieser unerhört milden Praxis, die die Bestrafung nur als seltene Ausnahme kennt, zu einer wirklichen Durchführung des gesetzlichen Arbeiterschutzes kommen wird, darüber sollten die Behörden einmal eine bestimmte Auskunft geben müssen. Fast 4000 Gesetzesübertretungen und nur 52 gebüßte Personen — da ist der Gesetzesvollzug und der staatliche Apparat am Ende angelangt, da kann man kaum mehr an eine ernste Absicht der Behörden glauben. Und diese milde Praxis zu derselben Zeit gegenüber den Unternehmern, da der Zuchthauskurs gegen die Arbeiter seine Orgien feiert.

Der Kampf um die Herrschaft auf dem Arbeitsmarkte.

II.

Unter den Industriefürsten und ihren Kommiss, die auf dem Leipziger Kongress die Gleichberechtigung der

Arbeiter auf wirtschaftlichem Gebiet als einen Unfug bezeichneten, befand sich auch ein weißer Rabe. Herr S. Franz, Betriebsingenieur der Maschinenfabrik in Augsburg, dessen Name unseren Lesern ebenfalls nicht unbekannt sein dürfte, erhob warnend seine Stimme dagegen, daß man immer Arbeiter und Sozialdemokraten mit einander verwechsle; es gebe Gott sei Dank noch eine ganze Menge von Orten, wo die beiden Begriffe noch nicht identisch seien und wo im Gegentheil ein großer Theil der Arbeiter gegen die Sozialdemokratie Front macht. Man könne sehr wohl daran denken, die Arbeitnehmer am Arbeitsnachweis sich beteiligen zu lassen. Auch der Vertreter der Berliner Schuhfabrikanten warnt davor, „mit der Arbeiterklasse zu scharf ins Gericht zu gehen“. Aber diese warnenden Stimmen werden nicht beachtet. Der Augsburger Vertreter hatte auch betont, man könne mit katholischen und evangelischen Arbeitervereinen recht gut auskommen. Das habe sich in Augsburg an dem Verbands der „ordnungsliebenden“ Arbeiter gezeigt, dessen Mitglieder sämtlich auf den Kampf gegen die Sozialdemokratie förmlich eingeschworen seien. Und da man den Leuten Gelegenheit gebe, diese Gesinnung auch nach außen hin zu zeigen (siehe die letzten Reichstagswahlen), so kämen sie schließlich selber zu dem Glauben, daß sie Feinde der Sozialdemokratie seien.

Das habe man in Augsburg tatsächlich erreicht. Dort sei für die Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen ein Rückgang eingetreten von 17 pCt., der sich — ausgerechnet auf die Vermehrung der Arbeiterschaft — auf 33 pCt. erhöhe!

Diese unbestreitbare Thatsache ist gewiß ein trauriges Zeichen für den Zustand der Denkfähigkeit und Energie der großen Menge der Augsburger Arbeiter. Trotzdem nachgewiesen wurde, daß der famose Verein „ordnungsliebender“ Arbeiter missammt seinem Arbeitsnachweise von den schlauen Industriellen ausgehalten wird, damit sie recht gemüthlich ihr Schäfchen scheeren können, trotzdem, sagen wir, gehen den Augsburger Arbeitern die Augen nicht auf. Von geschicktesten und geschorenen Dienern des Herrn lassen sie sich aufheben gegen ihre eigenen Klassen- und Arbeitsgenossen, damit sich die Couponschneider bei ihren Liebesmählern und Kongressen gebührend über sie lustig machen können.

Hören wir nun, welche Antwort Herrn Franz zu Theil wurde. Herr Dr. Martens bemerkte: Der katholische Klerus sucht, wo nur irgend möglich, die Führerschaft der Arbeiter zu erlangen und zwar oft mit Erfolg; er ist auf diesem Felde der einzige erfolgreiche Konkurrent der Sozialdemokratie. Wo es nun die Geistesfreiheit noch vermag, die Arbeiter in ausreichendem Maße zu beeinflussen, da ist es wohl auch noch denkbar, daß die Arbeitgeber existieren und prosperieren können, auch ohne den Arbeitsnachweis in der eigenen Hand zu haben. Immerhin dürfen die Arbeitgeber katholischer Arbeiter nicht allzu sehr auf den Einfluß der Geistlichkeit bauen, sonst könnten ihnen leicht ähnliche Ueberraschungen zu Theil werden, wie die Vorgänge am Piesberg bei Osna-brück.

Also mit anderen Worten: man betrachtet die katholischen Arbeitervereine als eine Spielerei der Herren Geistlichen; aber man traut ihnen nicht mehr über den Weg. Das Laster der Begehrlichkeit hat sich eben auch schon in die Herzen katholischer Arbeiter eingeschlichen und wer etwas von den Schlotbaronen haben will, gilt eben als Sozialdemokrat. Wie die katholischen Arbeitervereine und ähnliche Gründungen von den Herren mit dem großen Geldbeutel aufgefaßt werden, ist in reizender Weise in dem Schlußworte zu den Kongressverhandlungen ausgesprochen. Da heißt es wörtlich:

„Unter Anerkennung des Koalitionsrechtes wird der Kampf (gegen die Sozialdemokratie) also von allen Arbeitgebern geführt; deutlich sind dabei aber zwei Richtungen zu unterscheiden. Die eine sucht die Arbeiter von der Benutzung des Koalitionsrechtes abzuhalten, die andere verzichtet darauf und tritt der Sozialdemokratie im offenen Kampfe entgegen. Die erste Methode beruht auf der traditionellen Bevormundung der Arbeiter durch ihre Arbeitgeber und bedingt für ihr Gelingen die selbstverständliche Voraussetzung, daß sich die Arbeiter weiter bevormunden lassen.“

In der That findet man derartige Arbeiter noch in katholischen und ländlichen Gegenden, wo sich die Unterwürfigkeit gegen die Geistlichkeit und Gutsherrschaft erhalten hat. In diesen Bezirken werden die Arbeiter durch die gewohnte Bevormundung noch vielfach von der Benutzung des Koalitionsrechtes abgehalten, weshalb

auch die Bevormundungsmethode bei den dortigen Arbeitgebern in hohem Ansehen steht. Das hat nun wiederum zu dem Glauben verführt, daß die Einwirkung der Sozialdemokratie auf die Arbeiter aufhören würde, sobald man jene Methode in ganz Deutschland annähme. Dies ist aber ein Trugschluß, denn, gesetzt nur den Fall, man wollte diesem Rathe überall folgen, wie will man den Arbeitern den hierzu notwendigen, aber längst verloren gegangenen unterwürfigen Sinn wieder beibringen? Deshalb bleibt den Arbeitgebern nichts anderes übrig, als den offenen Kampf mit der Sozialdemokratie zu wagen.

Auf gut deutsch: Wo das Bevormundungssystem noch durchführbar ist, gründe man katholische Arbeitervereine!

Wir haben jetzt gesehen, welche prinzipielle Stellung die Großindustrie und das Handwerk dem Arbeiterstande gegenüber einnehmen. Denn die Herrschaft auf dem Arbeitsmarkte bedeutet dem Unternehmertum die Oberherrschaft auf wirtschaftlichem und auch auf politischem Gebiete. Alles Andere, so drückte sich der Vertreter des Bundes der Industriellen aus, sind ja doch „nur theoretische Sachen“. Deshalb haben die Herren, vorwärts gepeitscht von dem bekannten Duck, dem Freunde ordnenbermittelnder Minister, auch gleich über ein Musterstatut für ihre Vermittlungsstellen berathen. Bezeichnender Weise referirte über diese Frage ein Hauptmann a. D. Kleffel, der als die Aufgaben eines „guten“ Arbeitsnachweises bezeichnet: 1. jede gewünschte Anzahl von Arbeitern muß er stellen können; 2. Angebot und Nachfrage sind schnell zu vermitteln; 3. die richtige Auswahl aus dem vorhandenen Material ist zu treffen; und 4. muß er die Werkstätten vor Einstellung von schlechten und untauglichen Elementen schützen. Zur Erfüllung der unter 3 und 4 bezeichneten Aufgaben mußten die Beamten in der Lage sein, sich eingehend über Vorleben, Fähigkeiten und Leistungen der Arbeitssuchenden, sowie über ihren Charakter zu orientieren. Mit anderen Worten: es muß ein systematisches Spitzelsystem eingerichtet werden. Eine Forderung, die genau einem bei anderer Gelegenheit gethanen Aussprüche Stumm's entspricht, ist, daß die Industrie mit dem Grundsatz brechen müsse, sich nicht darum zu kümmern, was die Arbeiter während ihres Privatlebens außerhalb der Werkstätte thun. So verlangt der Herr Hauptmann vor allen Dingen die strengste Durchführung der Regel, daß nur solchen sich Meldenden überhaupt der Eintritt in die Nachweisstelle gestattet sein soll, die im Laufe der letzten sechs Monate mehr gearbeitet als gearbeitet haben! Die Glücklichen aber, denen man den Zutritt in die geheiligten Räume gestattet, sollen vor einem nicht ganz tafelfreien Lebenswandel durch ein fein ausgedacht Straffsystem behütet werden, das sich in folgender Weise steigert: Belehrung, Verwarnung, Verbot des Betretens der Nachweisstelle und endlich Ausschluß des Betreffenden aus den zum Verband gehörigen Werkstätten auf Zeit. Die letztere Strafe soll jedoch nur durch die höchste Instanz, den Vorstand des Vereins verhängt werden können. Das sind aber nur Strafen für gewöhnliche Vergehen, z. B. Nichtantreten einer übernommenen Arbeit, unbotmäßiges Benehmen zc. Doch auch die sogenannten Zugvögel, d. h. die — namentlich jüngeren — Arbeiter, die sehr häufig, um etwas zu lernen, die Stellen wechseln, sollen unter diese Kategorie fallen. Eine solche Beschränkung der Freizügigkeit der Arbeiter wurde u. A. auch von Ingenieur Franz aus Augsburg empfohlen, der sich bitter darüber beschwerte, daß durch die vielen Ausweisungen in Berlin die provinzialen Lämmerheerden mit sozialistischem Gift infizirt wurden.

Ganz anders will man jedoch mit den „gewissen Elementen“ umspringen: „Streikende sind jedenfalls sofort und — mit Ausnahme der Aufwiegler — erst dann wieder freizugeben, wenn der Streik beendet ist. Die Streikenden müssen erkennen, daß jeder Streik, d. h. jedes gleichzeitige Niederlegen der Arbeit durch eine gewisse Zahl von Arbeitern als eine Nöthigung und als Ausnutzung einer Zwangslage angesehen, beurtheilt und geahndet wird.“ Wenn aber die Unternehmer bei Vorhandensein überflüssiger Arbeitskräfte gemeinsam die Löhne kürzen, so ist das keine Ausnutzung einer Zwangslage (Erpressung wurde es auch schon genannt), sondern die „Wahrung eines Fundamentalrechtes“.

„Ebenso“, heißt es weiter, „sind diejenigen Arbeiter mit längeren Sperrten zu belegen, welche sich zum sog. Streikposten stehen oder gar zu wörtlichen oder thätlichen Angriffen gegen ihre arbeitswilligen Kollegen hergeben. Agitatoren sind, sofern sie durch ihre Thätigkeit innerhalb oder außerhalb der Werkstätten als solche erkannt werden, grundsätzlich und

bauernd zu sperren. Eine Besserung solcher gewerbsmüßiger Heber erscheint wohl ausgeschlossen, deshalb müssen sie aus dem Arbeiterstande rücksichtslos herausgebrückt werden!

Also die Hungerpeitsche wollen die Herren schwingen. Und dieses brutale Vorgehen auf die Macht des Geldsades, diese freche Herausforderung der Arbeiter, dieser unerschämte Angriff auf Recht und Gesetz — die man, wenn es von Arbeitern ausgegangen wäre, sofort als groben Unfug „beurteilt und bestraft hätte“ — dies Alles dürfen sich die Herren, die sich über die „abgestandene Sittlichkeit“ der Sozialdemokraten (siehe Nr. 8 der deutschen Industrie-Zeitung vom Jahre 1898) lustig machen, erlauben. Ja, noch mehr! In dem Protokoll werden eine ganze große Anzahl von Zeitungen aller Parteirichtungen aufgezählt, die in längeren oder kürzeren Artikeln auf die Konferenz Bezug genommen haben. Am Schlusse dieses Verzeichnisses wird bemerkt, daß „gegen die Tendenz der Konferenz sich eigentlich nur die Organe ausgesprochen haben, von denen man gewöhnt ist, daß sie mit dem Berliner Vorwärts und dem Hamburger Echo einen Chorus bilden!“

Die beste Kritik der ganzen Konferenz lieferte der Delegierte der Berliner Schuhfabrikanten, Herr Gustav Spicowsky mit seiner Bemerkung, daß auch viele Arbeitgeber zur Betheiligung an einem Arbeitsnachweis noch nicht genügend erzogen seien.

Das Klassenbewußte Proletariat sei daran erinnert, daß Herr Bued, der Generalstabschef König Stumm's, sich erst vor ganz kurzer Zeit äußerte, daß man den seit Jahren mit so vielem Pathos angepriesenen „Kampf mit geistigen Mitteln, mit dem der Sozialdemokratie noch kein Zoll ihres Gebietes hat streitig gemacht werden können“, aufgeben und andere Mittel in Anwendung bringen müsse.

Die zielbewußte Arbeiterklasse wird hieraus, soweit das bis jetzt noch nicht geschehen ist, ihre Schlüsse zu ziehen haben.

Dritter Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands.

Erste Sitzung, am 8. April, Vormittags.

In dem sehr reich mit Fahnen und Emblemen der einzelnen Gewerkschaften geschmückten Saale des Pfälzer Hof in Bockenheim hat heute der dritte Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands seinen Anfang genommen. Betreten sind 53 gewerkschaftliche Organisationen mit 130 Delegierten. Als Gäste sind der Vertreter der Gewerkschaften Dänemarks, J. Jensen-Kopenhagen, der Vertreter der Gewerkschaften Oesterreichs, Hueber-Wien, der schweizerische Arbeitersekretär Hermann Greulich-Zürich und der Redakteur des in Deutschland für italienische Arbeiter herausgegebenen Gewerkschaftsblattes L'Operario Italiano anwesend.

Die Tagesordnung lautet:

1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten.
2. Rechenschaftsbericht der Generalkommission. Berichterstatter: C. Regien-Hamburg. Berathung der Anträge betreffend:
 - a) Agitation
 - b) Erweiterung der Thätigkeit der Generalkommission.
 Berichterstatter: A. Bringmann-Hamburg.
3. Streitunterstützung und Streikstatistik. Berichterstatter: A. Bringmann-Hamburg.
4. Das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter. Referent: C. Regien-Hamburg.
5. Die Gewerbeinspektion. Referent: Dr. W. Duarck-Frankfurt.
 - a) Bauinspektion. Referent: J. Baplow-Hamburg.
 - b) Bergwerksinspektion. Ref.: D. Hüb-Gien.
 - c) Hafeninspektion. Ref.: J. Döring-Hamburg.
 - d) Inspektion in Hausindustrie und Kleingewerbe. Referentin: Frau W. Köhler-Wandsbeck.
6. Tarife und Tarifgemeinschaften im gewerkschaftlichen Kampfe. Ref.: C. Döblin-Berlin.
7. Die Arbeitsvermittlung. Referent: Th. Leipart-Stuttgart; Korreferent: H. Boehsch-Berlin.
8. Arbeitersekretariate. Ref.: M. Segitz-Kürnberg.
9. Die Stellung der Gewerkschaftskartelle in der Gewerkschaftsorganisation Deutschlands. Ref.: P. Stähler-Hamburg.
10. Berathung der nicht unter den vorstehenden Punkten erledigten Anträge.

Im Auftrage der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften eröffnet der Vorsitzende der Generalkommission C. Regien den Kongreß und heißt die Delegierten willkommen. Er gibt zunächst einen kurzen Rückblick über die Geschichte der deutschen Gewerkschaftskongresse und -Kongresse. Seit dem Fall des Sozialistengesetzes ist ein stetiges Wachsen der Bewegung zu konstatieren, sie hat heute einen höheren Stand als jemals erreicht. Wenn sie auch nicht ausreicht und allen Wünschen entspricht, so wird sie doch respektiert von den staatlichen Gewaltigen wie vom Unternehmertum. Heute gibt es keine trennenden Momente in der Gewerkschaftsbewegung mehr; die Sonderorganisationen spielen so gut wie keine Rolle. Die drohende Buchdruckervorlage wird ja auch unsere Verhandlungen beeinflussen, wir werden uns aber in unserer ruhigen praktischen Arbeit nicht stören lassen. Sprengt man sich im Falle unserer Organisationen, so wird man die Gewerkschaftsbewegung doch nicht befechtigen können; sie wird auch so dem Unternehmertum Paroli bieten können. Wir werden vorläufig weiter thun, was wir recht halten und die Schläge unserer

Gegner erwarten. Wir werden dann so gefestigt dastehen, daß wir die Schläge unserer Gegner parieren können. Ich begrüße die Vertreter der ausländischen Gewerkschaften; sie kommen aus Ländern, in denen Vorschläge wie die Buchdruckervorlage nicht gemacht worden sind.

Zu Vorsitzenden mit gleichen Rechten werden Regien-Hamburg und Bömelburg-Hamburg gewählt. Als Schriftführer werden Breh-Hannover, Starck-Dresden, Seger-Leipzig und Müller-Hamburg ernannt.

Es wird eine aus sieben Personen bestehende Mandatsprüfungskommission gewählt. Diese Kommission soll auch entscheiden, ob die von den Gegnern der Tarifgemeinschaft gebildete Sonderorganisation der Buchdrucker auf dem Kongreß zugelassen werden soll. Döblin, der Vorsitzende des Buchdrucker-Verbandes, erklärt, daß die Delegierten des Verbandes vor der Kommission keine Erklärung zur Sache abgeben werden. Von der Leipziger Sonderorganisation ist ein schriftlicher Protest eingelaufen, die sich darüber beschwert, daß die Generalkommission keine Beiträge von ihr annahm und daß sie die Zulassung eines Delegierten dieser Richtung zum Kongreß mit der Begründung verweigerte, die Angelegenheit sei diejenige eines einzelnen Berufs und von diesem erledigt. Die Buchdrucker-gewerkschaft bezeichnet diese Entscheidung als unhaltbar, da die Leipziger Gewerkschaft auch Zentralorganisation sei und doch wenigstens zur Frage der Tarifgemeinschaft ein Delegierter zum Worte gelassen werden sollte. Man überläßt die Sache der Mandatsprüfungskommission und wählt diese aus sieben Delegierten.

Auf Antrag Boehsch-Berlin wird der Punkt 6 der Tagesordnung „Die Arbeitsvermittlung“ an vierte Stelle gerückt und der Punkt Gewerbeinspektion an sechste Stelle gerückt.

Von Hollender-Leipzig wird beantragt, zum Punkt Tarifgemeinschaft einen Korreferenten zu bestellen, er erbietet sich selbst, das Korreferat zu halten. Nach längerer Debatte, die sich namentlich um die Befürchtung dreht, daß die Buchdrucker statt die grundsätzliche Seite der Frage zu erörtern, ihre Berufstätigkeiten vortragen würden, wird wohl die Anstellung eines Korreferenten beschloffen, aber nachdem Döblin-Berlin unter lautem Widerspruch erklärt hat, daß er und seine Freunde eine Wahl Hollenders zum Korreferenten als gegen den Buchdrucker-Verband gerichtet ansehen müßten, auf Antrag Leipart-Stuttgart die Bestellung Hollenders zum Korreferenten ausgesetzt, bis über die Zulassung der Sonderorganisation der Buchdrucker beschloffen ist.

Der Kongreß tritt in die Berathung des Rechenschaftsberichts der Generalkommission ein. Regien-Hamburg führt aus: Die Generalkommission blickt auf eine erfolgreiche Thätigkeit zurück und sie verdankt ihre Erfolge dem Zusammenschluß der Gewerkschaften. Alle Gewerkschaften von nennenswerther Bedeutung sind in der Generalkommission vereinigt. Aus den Quartalsberichten stand der Kommission beinahe die doppelte Einnahme zur Verfügung, wie zur Zeit des letzten Kongresses. Zu berücksichtigen ist dabei, daß die Beitragsquoten auf dem letzten Kongreß fast auf die Hälfte reduziert worden sind. Die Gelder sind theilweise zur Agitation durch Berufs-Organisationen, theilweise zur direkten Agitation durch die Generalkommission selbst (Flugblätter, Redner) verwendet worden. Die Kommission hat bei der Zuwendung von Unterstützungen Vorsicht walten lassen. Die Erfahrungen bei dem gleich nach der Gründung eingegangenen Schlächterverband nöthigten dazu. Organisationen sollen zunächst aus eigener Kraft ihre Existenzberechtigung erweisen. Die wirtschaftliche Konjunktur mit der Agitation in den einzelnen Verbänden und nicht zum wenigsten mit dem Vorgehen unserer Gegner haben tüchtig geholfen. Auch das geheime Rundschreiben des Grafen Potjomsky hat Wunder gewirkt. Es hat den Glauben an die Arbeiterfürsorge seitens der Regierung zerstört. Denn Graf Potjomsky hat selbst zugegeben müssen, daß er das Rundschreiben auf Anregung der Baugewerksunternehmer erlassen hat. In Oberschlesien ist ein Arbeitersekretariat eingerichtet worden. Es liegen dort die Verhältnisse sehr eigenartig. Bei hochentwickelter Industrie großer Tiefstand des geistigen Niveaus der Arbeiter. Die Zweisprachigkeit erschwert dort die Agitation sehr. Wir versuchten es erst mit Zuschüssen für polnische Agitatoren, mußten aber die Erfahrung machen, daß diese mehr die groppolnische, als die gewerkschaftliche Agitation betrieben. Wie uns unsere Agitation erschwert wird, das haben wir schon im Korrespondenzblatt berichtet. Dem Bürgermeister von Beuthen und dem Amtsdirektor von Zabrze sind darin Dinge nachgesagt worden, die ich mir nicht gefallen liege. (Heiterkeit.) Wir hoffen, es würde zur Gerichtsverhandlung kommen, aber die beiden Herren fühlen sich nicht beleidigt. Nur ein Senatsrat war getränkt, dessen Ehre ist auch durch Verurteilung meiner Person zu 200 M wieder hergestellt worden. Die offizielle polizeiliche Ueberwachung meines Gewerkschaftsbureaus, die ich zuerst zu erdulden hatte, wurde schließlich auf mein energisches Betreiben eingestellt. Aber Polizeioorgane heften sich in Oberschlesien festgesetzt an die Herzen unserer Agitatoren. Das Schlimme ist, so ein Polizeigeist ist jetzt zu erkennen und unsere Agitatoren machen sich häufig den Spaß, die Herren zu verzeihen. (Heiterkeit.) Hier zeigt sich der Erfolg der Generalkommission, denn einzelne Organisationen würden nichts anstrichren können. Es ist gesagt worden, die Agitation unter den italienischen Arbeitern komme nur den Banarbeitern zu Gute. Die Generalkommission gibt deshalb auch nur ein Drittel für die Herstellung des Blattes her, die übrigen zwei Drittel werden von den speziell interessierten Gewerkschaften getragen. Es bezieht der Plan, auch das schon vorhandene polnische Gewerkschaftsblatt Gornik auf die Generalkommission zu übernehmen. Die Mitglieder- und Streikstatistiken der Generalkommission haben sich glänzend bewährt, sie sind eine treffliche Waffe für den Koalitionskampf, der uns angeht und wird, zu dienen und diese Ansicht hat sich auch jetzt allgemein Bahn gebrochen, während man noch auf dem Kölner Parteitag anderer Ansicht war. Häufige sich die Gewerkschaften nur noch besser an dieser Statistik betheiligen, wir würden konstatieren können, daß auf 1000 Streifen nicht drei, sondern nur zwei kommen, die sich eines Vorgehens schuldig gemacht haben. Die Ergebnisse über die Verhältnisse der Hausindustrie und des Schwitzsystems konnte die Generalkommission nicht anstellen, das überstieg ihre Kräfte. Dagegen

ist die Darstellung der Mißstände im Baugewerbe selbst vom Bundesrathstisch aus anerkannt worden. Weiter sind Erhebungen über die Arbeiterinnen im graphischen Gewerbe veranstaltet worden, die aber auch nicht ganz zum Abschluß gelangt sind. Als Darlehen sind im Ganzen 17,660 M an einzelne Zentralverbände gewährt worden. Die Aufsichtsbchörde der Generalkommission, der Gewerkschaftsausschuß, hat die Verantwortung für diese Darlehen nicht übernehmen wollen, und der Kongreß hat zu entscheiden. Wir hoffen, daß der Kongreß den Beschlüssen der Generalkommission beitreten wird, ein Beschluß, der ja auch von dem Gewerkschaftsausschuß dem Kongreß empfohlen wird. Die Generalkommission legt ihr Mandat in die Hände ihrer Auftraggeber zurück in dem Bewußtsein, daß sie nicht ganz umsonst gearbeitet hat. (Beifall.)

Die Revisoren beantragen Decharge für den Kassierer, die auch erfolgt.

In der Diskussion wird von Leipart-Stuttgart und Schrader-Hamburg auf die rüchständigen Beiträge hingewiesen, es müssen die Organisationen zu Beitragsleistung statutarisch gezwungen werden.

Drunsel-Dresden befürwortet, daß unter den Ziegellern energischer agitirt werden möge und zwar müsse ein Agitator aus den Ziegellern selbst ausgesucht werden.

Allmann-Hamburg (Bäcker) bittet, seiner Organisation die Beiträge zu erlassen, die gleiche Bitte wird von Breitenbach-Hamburg für den Tapezierer-Verband ausgesprochen.

Dietrich-Stuttgart hätte gewünscht, daß statt im graphischen Gewerbe in einem anderen Gewerbe die Enquete von der Generalkommission veranstaltet worden wäre. Zunächst mußten die Gewerbe herüberschickt werden, in denen die Lage der Arbeiter am ungünstigsten liege. Das sei aber im graphischen Gewerbe nicht der Fall. Wie er höre, habe die Enquete nicht einmal den gewünschten Erfolg gehabt, das Material werde kaum veröffentlicht werden können. Er stimme dem Antrag zu, daß die Generalkommission nicht alle Generalversammlungen beschicken solle, es könnte da viel Geld erspart werden. Nachsicht bei rüchständigen Beiträgen sei nicht am Platze, die Institution des Gewerkschaftsausschusses bitte er beizubehalten, da sie sich bewährt habe.

Sendler-Düsseldorf befürwortete eine größere Berücksichtigung des Westens Deutschlands bei der von der Generalkommission ausgehenden Agitation.

Nach einer Sympathie-Erklärung für die im Lohnkampfe stehenden Brauereiarbeiter Frankfurts läßt der Kongreß die Mittagspause eintreten.

Nachmittags-Sitzung.

In der von Bömelburg geleiteten Sitzung wird die Diskussion über den Rechenschaftsbericht der Generalkommission fortgesetzt. Die Diskussion dreht sich in der Hauptsache um die reitirenden Beiträge, um die Beibehaltung des Gewerkschaftsausschusses, um die Agitation unter Italienern und Polen.

Hueber-Wien begrüßt Namens der österreichischen Gewerkschaften die Delegierten und dankt ihnen für die Unterstützung in baarem Gelde, die der österreichischen Bewegung von der deutschen zu Theil geworden sind (600 M). Er sei bestrebt gewesen, mit den italienischen Organisationen in Fühlung zu kommen, zuerst habe er mit Turati verhandelt. Es sei eine Organisation zur Aufklärung der auf den Sklavenmärkten verkauften italienischen Lohnrücker fertig gewesen, als die Mailänder Unruhen diese Rechnung wieder über den Haufen geworfen hätten. In Trient sei jetzt ein von österreichischen und deutschen Arbeitern bezahlter Genosse ange stellt, der die durchziehenden Arbeiter aufzuklären und schon manchen Erfolg zu verzeichnen habe. In Oesterreich reibe der Nationalitätenkampf die Kräfte auf, wenn sich auch schließlich das Prinzip durchgerungen habe, daß es in der Gewerkschaftsbewegung nur Zentralisation gibt ohne Unterschied der Nationalität. In Oesterreich gibt es 150,000 organisierte Arbeiter und trotz der geringen Zahl stellen sie eine Macht dar. In der Regierung herrscht jetzt ein sozialpolitischer Kurs, die Minister haben in England etwas gelernt und verhandeln mit uns. Aber von Oesterreich gilt noch das Wort Adlers: „Despotismus, gemildert durch die Schlamperie.“ Wir Arbeiter lassen uns durch den heutigen Kurs nicht täuschen. Heute verhandeln die Minister mit uns, morgen lassen uns andere Minister in Ketten abführen. Die österreichischen Arbeiter sehen immer noch nach Deutschland hinüber, namentlich bei dem jetzt eben ausgebrochenen Textilarbeiterstreik in Brunn wegen Verkürzung der Arbeitszeit. Dieser Kampf kann leicht noch einen Generalstreik jänntlicher Textilarbeiter Oesterreichs zur Folge haben. Auch für diesen Fall appelliren wir an Ihr Solidaritätsgesühl, wir richten an die deutschen Genossen den Appell, uns im Kampfe um die Verkürzung der Arbeitszeit auch dadurch zu unterstützen, daß sie selbst immer mehr und energischer als bisher auf verkürzte Arbeitszeit dringen. (Beifall.)

In seinem Schlußwort geht Regien auf die Frage der reitirenden Beiträge ein. Bei einzelnen Organisationen sei die Eintreibung der Reste unmöglich, es handle sich auch meist gerade um solche Organisationen, die von der Generalkommission unterstützt werden mußten. Es habe also gar keinen Zweck, rigoros vorzugehen. Dietrich habe die Erhebung im graphischen Gewerbe bemängelt, die Enquete habe aber ergeben, daß in diesem angeblich am günstigsten gestellten Gewerbe namentlich in Berlin ganz unheimliche Zustände beständen. Die Ergebnisse der Enquete würden demnächst veröffentlicht werden. Die Anwesenheit der Vertreter der Generalkommission auf den Einzel-Kongressen sei nicht als gewerkschaftliche „Oberaufsicht“ gemeint, sondern sehr wünschenswerth. Die gegenseitigen Anregungen seien gar nicht zu entbehren. Heute sei ja der Gedanke von der Nothwendigkeit einer alle Verbände zusammenfassenden Organisation und Kommission fast Allen in Fleisch und Blut übergegangen. Aber es gebe immer noch Einzelne, die anderer Meinung seien, und so lange noch Anträge auf Auflösung von der Generalkommission gestellt werden, kann man der Generalkommission das Recht nicht nehmen, auf die Einzelkongresse zu gehen. Den von Busse zitierten Ausspruch von Bieske billige er nicht, aber in der Sache selbst habe Bieske nicht so Unrecht gehabt. (Heiterkeit.) Der Gewerkschaftsausschuß habe sich durchaus bewährt, er bitte, ihn beizubehalten, vorausgesetzt, daß er wie bisher nur beratend

Stimme beansprucht. Die Zahl der Mitglieder der Generalkommission möge auf sieben Personen erhöht werden. Daß so wenig Einwendungen gegen die Generalkommission vorgebracht worden sind, sei die Haupterrungenschaft der letzten Jahre, mit dem wir alle Ursache haben, zufrieden zu sein. (Beifall.)

Der Generalkommission wird hierauf einstimmig Entlastung erteilt. Das Weiterbestehen der Generalkommission wird ebenfalls einstimmig beschlossen. Der Gewerkschaftsausschuß soll weiter bestehen bleiben. Die Generalkommission soll künftig aus sieben Mitgliedern bestehen und auch weiter das Recht haben, Vertreter auf die Generalversammlungen der Einzelverbände zu senden. Die Beitragsliste, auch die vom vor dem 1. Juli 1896, werden nicht gestrichen. Die im Rückstand befindlichen Organisationen werden verpflichtet, ihre Reste binnen drei Jahren zu bezahlen. Die im Jahre 1889 von der Generalkommission kontrahierten Schulden in Höhe von 15,220 M. sollen nunmehr zurückgezahlt werden. Eine Anregung, die Gläubiger zu ersuchen, das Geld den Brünner Textilarbeitern zu überweisen, löst auf Widerspruch und wird deshalb vom Vorsitzenden fallen gelassen. Um alle auf die Generalkommission bezüglichen Anträge zu einer Resolution zusammenzufassen, wird eine Kommission von 7 Mitgliedern zu wählen beschlossen.

Zur die Mandatsprüfungskommission erstattet Dupont-Berlin Bericht. Es sind 127 Delegierte anwesend die 493,638 Mitglieder vertreten. Größerer Beitragsreste wegen will die Kommission die Mandate der Zigarrenfortirer und Tabakarbeiter nicht anerkennen. Die Kommission hat ferner auch das Mandat des Vertreters der Gewerkschaft der Buchdrucker mit 4 gegen 3 Stimmen nicht anerkannt und schlägt folgende Resolution vor:

„Die Kommission hält es nicht für die Aufgabe des Kongresses, sich in die tariflichen Streitigkeiten zwischen dem Verband der Buchdrucker und der Gewerkschaft der Buchdrucker zu mischen. Der Kongreß weist es ab, Schiedsrichter zu sein in diesen Differenzen bei der einseitigen Darstellung des Sachverhalts seitens der Gewerkschaft der Buchdrucker in dem vorliegenden gedruckten Zirkular. Der Kongreß erkennt den Verband der Buchdrucker als die einzig rechtmäßige Organisation an und sind darum nur deren Vertreter zum Kongreß zugelassen, das vom Zentralkomitee der Gewerkschaft der Buchdrucker ausgestellte Mandat Otto Pollender aber als ungültig zurückzuweisen.“

Meißner-Hannover und v. Elm ersuchen um Zulassung der Zigarrenfortirer und Tabakarbeiter, da die Beiträge bezahlt werden würden.

Pollender-Leipzig hält den Beschluß der Ausschließung der Buchdrucker-Gewerkschaft für verfehlt, denn die neugegründete Buchdrucker-Gewerkschaft sei eine Zentralorganisation, die nach dem Kongreßbeschluß von 1896 zum Kongreß zugelassen werden müsse. Er habe sich natürlich bisher aller Abstimmungen enthalten. Die Behandlung seiner Gewerkschaft müsse er als parteiisch bezeichnen. Die Gründung der neuen Organisation sei aus sachlichen Gründen erfolgt. Er hoffe, daß die Mehrheit des Kongresses sein Mandat für gültig erklären werde.

Leipzig-Stuttgart hält es für ausgeschlossen, daß Pollender zugelassen wird. Die angebliche Zentralorganisation der Buchdrucker-Gewerkschaft sei keine solche, die Beiträge an die Generalkommission zahle. Mit demselben Recht hätten auch Pirsch-Dunder'sche Zentralverbände Anspruch auf Zulassung. Die Buchdrucker-Gewerkschaft habe sich vom Verbande losgelöst, weil ihre Mitglieder in der Minorität geblieben sind. Hier Toleranz üben, hieße die Uneinigkeit fördern. Gätte man diese Lösung in Deutschland 1896 für möglich gehalten, dann würden die Zulassbestimmungen anders ausgefallen sein. Man müsse verhüten, daß sich der Buchdrucker-Vorgang nicht noch in anderen Gewerkschaften wiederhole.

Döblich-Berlin spricht gegen die Zulassung Pollender's. Die Buchdrucker-Gewerkschaft hätte nicht die geringste Bedeutung, wenn nicht einzelne Mitglieder großen Einfluß auf die Parteipresse hätten. Die Gewerkschaft sei nur scheinbar eine Zentralorganisation, sie habe sich gegen das demokratische Prinzip der Unterordnung unter den Gesamtwillen verhalten und dem Satz: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch“ in's Gesicht geschlagen.

Loth-Leipzig (Buchbinder) tritt für Zulassung Pollender's ein. Der Kongreß und die Generalkommission wäre gewiß anderer Meinung, wenn nicht der alte Verband so groß und mächtig und die neue Gewerkschaft so klein wäre. Auch bei uns in der Arbeiterbewegung scheint der Grundsatz zu gelten: „Denn ich bin groß und Du bist klein.“ Nach den jetzigen Statuten muß die Zulassung erfolgen, für die Zukunft könne man ja anders beschließen. Hoyer-Leipzig schließt sich dem Vorredner an. Paack-Dresden hält die Gründung der Neuorganisation für bedauerlich, ist aber doch für Zulassung Pollender's.

Die Mandate der Bergarbeiter, Steinfeger, die wegen kleiner Formfehler zweifelhaft waren, sowie diejenigen der Tabakarbeiter und Zigarrenfortirer werden zunächst für gültig erklärt.

Ueber die Zulassung des Mandates Pollender wird in namentlicher Abstimmung entschieden. Die große Mehrheit der Delegierten stimmte gegen die Zulassung, für dieselbe namentlich sächsische Vertreter. Das genaue Resultat der Abstimmung wird erst morgen bekannt gemacht werden.

Es entspinnt sich nun eine Debatte, ob Pollender, wie beantragt, wenigstens als Korreferent für den Punkt der Tagesordnung „Tarifgemeinschaft“ bestellt werden soll. Namentlich die Buchdrucker wenden sich energisch gegen den „Korreferenten“ Pollender, sie würden eine solche Bestellung als einen Schlag mit der Faust in's Gesicht der Buchdruckerorganisation betrachten.

Nach längerer Debatte beschließt der Kongreß, zum Punkt „Tarifgemeinschaft“ einen Korreferenten überhaupt nicht zu bestellen. (Fortsetzung folgt.)

Die Stellung der Aerzte zu den Krankenkassen.

Mit dieser für die Aerzte sowohl als auch für die in Krankenkassen versicherten Arbeiter gleich wichtigen Frage beschäftigte sich der 27. deutsche Arztetag, der am Frei-

tag, 21. April, in Dresden tagte. Die Berichterstatter Dr. Landsberger-Bosen und Dr. Weiß-München hatten der Versammlung folgenden Antrag unterbreitet:

Nachdem der Arztetag wiederholt betont hat, daß durch die Einführung der freien Arztwahl die Aufgaben der Krankenkassen am besten erreicht und die berechtigten Forderungen der Aerzte und der Kassenmitglieder erfüllt würden, nachdem ferner durch zahlreiche Beispiele die Durchführbarkeit der freien Arztwahl bei vollem Gedeihen der Krankenkassen erwiesen ist, und andererseits die willkürliche Ausschließung von zur Mitarbeit bereiten Aerzten vielfach zu schweren Zwangsmaßnahmen geführt hat, erklärt der 27. deutsche Arztetag: 1. Es ist an der Zeit und ein Erfordernis des öffentlichen Wohles, wenigstens zunächst bei den Orts- und Gemeindefrankenkassen, gesetzlich die freie Arztwahl einzuführen. 2. Er erwartet demgemäß von den gesetzgebenden Körperschaften des deutschen Reiches, daß diesem Erfordernisse entsprochen werde: 1) Durch Entfernung der Worte „ärztliche Behandlung“ bzw. „Aerzte“ aus § 6a und b und § 26a Abs. 2 Nr. 2b, sowie aus § 46 des Gesetzes vom 10. April 1892; 2) durch Einfügung folgender Bestimmungen in das Gesetz: a. Die Mitglieder der Orts- und Krankenkasse können sich im Falle der Erkrankung einen Arzt aus denjenigen approbierten Aerzten des Kassenbezirks wählen, die sich zu den entsprechenden Leistungen verpflichtet haben. b. Die Honorierung der kassenärztlichen Leistungen hat grundsätzlich nach den Minimalätzen der Landes-taxen, bzw. den örtlichen Minimalätzen, zu erfolgen. Jedemfalls dürfen diese Kassen nicht ihren Mitgliedern erhöhte Leistungen gewähren oder deren Beiträge herabsetzen, ehe nicht diese Mindestsätze für die Aerzte erreicht sind. c. Das Verhältnis der Aerzte zu den Kassen wird durch schriftlichen Vertrag festgelegt. Der Vertrag soll insbesondere die Bestimmung enthalten, daß eine vorübergehende Nebuzugung der ärztlichen Gebühren nur dann erfolgen kann, wenn die anderweit notwendigen gesetzmäßigen Aufwendungen der Kasse es für deren Bestand erforderlich erscheinen lassen. Der Vertrag bedarf der Genehmigung der staatlichen Ständesvertretung der Aerzte. d. Zur Kontrollierung der übernommenen Verpflichtungen, sowie zur Schlichtung von Streitfällen ist ein aus Kassenangehörigen und Aerzten zu gleichen Theilen zusammengesetztes Schiedsgericht zu bilden; Beschwerden gegen seinen Spruch werden von der Aufsichtsbehörde nach Anhörung der zuständigen staatlichen Ständesvertretung entschieden.“

Dr. Landsberger führte u. A. aus: Die freie Arztwahl liege in erster Reihe im Interesse der Arbeiter. Diese müssen das Recht haben, sich denjenigen Arzt zu wählen, zu dem sie Vertrauen haben; andernfalls würden die Wohlthaten der Sozialgesetzgebung dazu führen, daß der Arbeiter genötigt sei, sich gewissermaßen einem von ihm nicht gewollten Armenarzt anzuvertrauen. Aber auch im Interesse des ärztlichen Standes liege die freie Arztwahl. Es sei Aufgabe des Staates, allen seinen Angehörigen freie Bahn zu schaffen. Der gegenwärtige Stand der Kassenärzte sei in hohem Grade geeignet, das Ansehen der Aerzte zu schädigen. Honorar (stamme von dem Worte honos. Wenn das Ansehen der Aerzte in den Augen des Publikums nicht sinken solle, dann dürfe einmal durch die Krankenkassen ihre Unabhängigkeit nicht angetastet werden und andererseits das ärztliche Honorar nicht unter ein bestimmtes Niveau sinken. Er ersuche, den von ihm und Dr. Weiß-München beantragten Vorschlägen zuzustimmen.

Dr. Alexander-Berlin: Die Sozialgesetzgebung sei nicht bloß gegeben worden zum Wohle der Arbeiter, sondern um alle Stände der Bevölkerung wirtschaftlich zu heben und damit eine Entfaltung des Staates herbeizuführen. Alle staatlichen Maßnahmen seien Selbstzweck. Der ärztliche Stand bilde aber einen integrierenden Theil der Bevölkerung und könne verlangen, daß durch die Sozialgesetzgebung sein Ansehen und seine materielle Lage nicht geschädigt werde. Durch die ärztlichen Honorarsätze von 60-80 J werde aber, abgesehen von der materiellen Seite, das Ansehen des ärztlichen Standes in hohem Maße geschädigt. Deshalb sei es Pflicht der Aerzte, hier die Hilfe des Staates anzurufen und eine Abänderung des Krankenkassengesetzes zu fordern. — Dr. Mugdan-Berlin: Er könne Herrn Dr. Alexander nur zustimmen. Es gäbe in Deutschland 8,337,000 versicherte Arbeiter, davon gehören weit über 3,000,000 den Betriebs-, Zünungs- und freien Hilfskassen an. Weshalb sollen die Mitglieder dieser Kassen der Wohlthat der freien Arztwahl nicht theilhaftig werden? Die freie Arztwahl werde nicht in erster Reihe des höheren ärztlichen Honorars wegen gefordert, sondern ganz besonders, um Zustände, wie sie in mehreren Städten des Reichs vorgekommen seien, zu beseitigen. Die Wahl der Kassenärzte werde nicht nach der wissenschaftlichen Befähigung, sondern nach Gunst und Ansehen, die die einzelnen Aerzte bei den Kassenvorständen genießen, vollzogen. Diesem unheilvollen Zustande müsse durch entsprechende Aenderung der Gesetzgebung ein Ende gemacht werden.

Nachdem die Generaldiskussion geschlossen und in der Spezialdebatte sich von einer ganzen Anzahl Redner die meisten für die Theesen der Referenten ausgesprochen hatten, gelangten diese schließlich unter Streichung der Worte im Veritas 1: „wenigstens zunächst bei den Orts- und Gemeindefrankenkassen“ zur Annahme. Der Veritas 2b wurde in folgender Fassung angenommen: „Die Honorierung der kassenärztlichen Leistungen hat nach den Minimalätzen der Landes-taxen zu erfolgen.“ 2c gelangte in folgender Fassung zur Annahme: „Das Verhältnis der Aerzte zu den Kassen wird durch schriftlichen Vertrag festgelegt. Der Vertrag bedarf der Genehmigung der staatlichen Ständesvertretung der Aerzte.“ Der Veritas 2d der Berichterstatter gelangte unverändert zur Annahme. Ferner gelangte noch auf Antrag der Stadt Leipzig und Dr. Tietz-Leipzig folgender Antrag zur Annahme: „Die Herbeiziehung eines sachverständigen Rathes bei Revision des Krankenversicherungsgesetzes ist erforderlich.“ Auf Antrag der fünf ärztlichen Bezirksvereine zu Hamburg wurde beschlossen:

„Der deutsche Arztetag möge eine Petition an den Reichstag richten, dahingehend, daß der § 6a Abs. 1 Nr. 2 des Krankenversicherungsgesetzes vom 15. Juni 1883 insofern erweitert werde, als unter den Kassenleistungen Krankenhausbearbeitung auch den Geschlechtskranken zu gewähren ist.“ Endlich gelangte noch folgender Antrag des Professors Dr. Köbber (Wochum) zur Annahme:

„Der deutsche Arztetag möge beschließen: 1. Personen, die ein jährliches Gesamt Einkommen von über 2000 M haben, dürfen nicht in den Krankenkassen versichert sein. 2. Der Begriff Arzt und ärztliche Hilfe ist unzweideutig im Gesetz festzulegen. Zur ärztlichen Behandlung (§ 6 des K. V. G.) sind ausschließlich in den deutschen Bundesstaaten approbirt Aerzte berechtigt.“

In nach Vereinen vorgenommener schriftlicher Abstimmung stimmten alsdann rund 12,000 Mitglieder von ärztlichen Ständesvertretungen für, rund 1500 gegen die gesetzliche Festlegung der freien Arztwahl.

Aus Oesterreich.

Die Streikbewegung, über welche wir in Nr. 18 berichteten, nimmt immer größere Dimensionen an. Die Brünner Textilarbeiter stehen seit einigen Tagen in einem für die gesamte Arbeiterbewegung unseres Landes sehr wichtigen Kampfe. Die wichtigste Forderung ist die nach Verkürzung der Arbeitszeit auf 10 Stunden, um welche gegen 12,000 Mann streiken. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich dieser Bewegung die Textilarbeiter anderer Industriebezirke anschließen. Die Industriellen lehnen diese Forderung brutal ab, obwohl sie leicht ohne jeden Schaden durchgeführt werden könnte.

Der großartige Beweis internationaler Solidarität, welcher vom Frankfurter Gewerkschaftskongreß den streikenden Textilarbeitern in Brünn durch die Zuweisung von 25,000 M erwiesen wurde, hat in den Herzen aller österreichischen klassenbewußten Proletarier freudige Genugthuung hervorgerufen. Nun melden sich auch die englischen Arbeiter, um in entsprechender Weise ihre Solidarität zu bekunden. Aus London gelangte an das Streikkomitee unter dem 10. Mai die Nachricht, daß der Exekutiv-Ausschuß der englischen Gewerkschaften, das Parlamentarische Komitee beschlossen hat, einen Aufruf an die englische Arbeiterschaft zu erlassen, worin aufgefordert wird, den Brünner Streik zu unterstützen. Der Ausschuß der Gewerkschaft der Maschinenbauer (Society of Amalgamated Engineers) ist am 11. Mai zusammengetreten, um über die Unterstützung des Brünner Ausstandes Beschluß zu fassen. Die Beweise internationaler Solidarität werden zweifellos von nachhaltiger Wirkung sein. Die Unterhandlungen, durch den Zentralgewerkschaftssekretär angebahnt, zerbrachen sich, weil die Unternehmer erklärten, es müsse die wichtigste Forderung der Streikenden: der Behauptung des Lohnes, von der Verhandlung ausgeschlossen sein. Der Kampfesmut der Ausständigen und ihre Haltung sind gut und wird ihnen hoffentlich ein vollständiger Sieg.

Innerhalb der Metallindustrie sind größere Ausstände nicht zu verzeichnen und wurden in Folge der Mai-feier nur an zwei Orten Metallarbeiter ausgeperrt. Die Bielliger Fabrikanten sperren ca. 200 Metallarbeiter auf acht Tage aus, weil sich diese „erfrechten“, den 1. Mai zu feiern.

In der Budapester Nähmaschinenfabrik-Aktiengesellschaft stellten sämtliche Arbeiter die Arbeit ein; die Ausständigen fordern eine Lohnerhöhung, weil die Löhne ungemein niedrige sind.

In der Gießereiabtheilung der Ersten ungarischen Nähmaschinen- und Bicyclefabrik-Aktiengesellschaft in Budapest sind sämtliche Arbeiter in den Ausstand getreten. Sie fordern eine 50prozentige Lohnerhöhung. Die Fabrikanten lehnen vorläufig jede Unterhandlung ab. — Die Arbeiter der Metallwaarenfabrik von Balduin Heller u. Söhne in Teplitz wurden 250 an der Zahl ausgeperrt, weil sie den Behauptungstag forderten. Es gelang jedoch, Dank der geschlossenen Einigkeit, nach 12tägigem Streik durch Vermittlung des Vertrauensmannes eine Bewilligung der Forderung herbeizuführen. Dieser Erfolg ist auch für das Wachsen der dortigen Metallarbeiterorganisation von Bedeutung, denn es ließen sich sofort 114 Mann in den Verband aufnehmen.

In der Wiener Schrauben- und Metallwaarenfabrik von Matthias Kubler sind Differenzen ausgebrochen, die voraussichtlich zum Ausstande führen dürften, da die Zustände dort die denkbar traurigsten sind.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Ausgeschlossen aus dem Verband werden nach § 3 Abs. 7 des Statuts auf Antrag der Verwaltungsstelle Fürth (Mg.): der Fraiser Konrad Schubert, geb. zu Höfen am 1. Juli 1872, B. Nr. 285,565, wegen Diebstahls; der Verwaltungsstelle Frankfurt a. M.: der Hilfsarbeiter Heinrich Zimm, geb. zu Lauterbach am 21. August 1866, B. Nr. 154,788, wegen Streibruchs; der Verwaltungsstelle München, Sektion der Schlosser: der Dreher Alois Schmitzberger, geb. zu Wels am 2. Mai 1867, B. Nr. ? wegen Schwindel und Betrug.

Der Untertassier Schlosser Wilhelm Lüneburg, geb. zu Schneckenburg am 18. Januar 1879, B. Nr. 168 816, ist mit M 34,80 für Beitragsmarken ohne Abrechnung zu legen verschwendet; er wird hierdurch zur Rechnungslegung an die Verwaltung in Hainholz aufgefordert, andernfalls sein Ausschluss erfolgt.

Der Schlosser Karl Schod, geb. zu Sulgries am 30. März 1881, eingetreten am 20. Februar 1899 in Eßlingen, wird aufgefordert, sich schriftlich beim Vorstand wegen eines ihm zur Last gelegten Warendiebstahls zu rechtfertigen, andernfalls sein Ausschluss aus dem Verband erfolgt.

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an **Theodor Werner, Stuttgart, Neckarstraße 160II,** zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist. Mit kollegialem Gruß

Der Vorstand.

Zink wurden angefertigt; heute noch werden in Deutschland Millionen von Lampentheilen aus Zink fabriziert. (Metallarbeiter.)

Rundschau.

Lage des Arbeitsmarktes in Deutschland. Die Gunst des Arbeitsmarktes hält an. Die meisten Industrien sind so gut beschäftigt, daß die Arbeiter in Lohnbewegungen eingetreten sind, so viel sich bis jetzt sehen läßt, mit Erfolg. Von 56 Arbeitsnachweisen, deren Berichte an die Berliner Monatschrift „Der Arbeitsmarkt“ eingegangen waren, weisen im Vergleich zum nämlichen Monat des Vorjahres 31 eine Abnahme und 25 eine Zunahme des Andranges auf. Abnahme: Posen, Frankfurt a. O., Berlin, Osnabrück, Bielefeld, Münster, Dortmund, Herde, Essen, Elberfeld, Düsseldorf, Aachen, M.-Gladbach, Kreuznach, Wiesbaden, Frankfurt a. M., Mainz, Gießen, Darmstadt, Worms, Heidelberg, Mühlheim, Mannheim, Konstanz, Stuttgart, Göttingen, Heilbronn, Ulm, Nürnberg, München. — (Graz, Bern.) Zunahme: Breslau, Kiel, Hamburg, Quedlinburg, Erfurt, Gera, Hannover, Köln, Kaiserslautern, Straßburg, Saar, Freiburg, Schopfheim, Berrach, Karlsruhe, Offenburg, Pforzheim, Cannstatt, Ludwigsburg, Göttingen, Reutlingen, Schpää, Hall, Würzburg, Fürth, Augsburg. — (Brünn, Winterthur.)

Die Berichte zeigen im Durchschnitt einen ständigen Mangel an Arbeitskräften. Es kamen auf 100 offene Stellen nur 95,5 Arbeitsuchende (gegen 108,6 im gleichen Monat des Vorjahres). Trotz dieser ungemeinen Gunst dürften die bedrohlichen Punkte unserer heutigen Geschäftslage nicht übersehen werden. Die Preissteigerungen in Rohstoffen, Halbzeug und anderen Fabrikaten der Eisenindustrie sind in letzter Zeit so rapide, daß von Seiten hervorragender Industrieller ernste Warnungen für notwendig erachtet wurden. Auch bergen die Ueberpekulationen in Industriewerthen an den deutschen Börsen große Gefahren in sich. Daneben spielt aber im Augenblick die Arbeiterfrage im Bergbau eine hervorragende Rolle. Man hat seit Ausbruch des belgischen Streiks schon ein Uebergreifen der Ausstandsbebewegung nach Deutschland befürchtet. In der That wird der große Bergarbeiterstreik im Saarrevier schon als ein solches aufgefaßt werden müssen.

Paritätische Arbeitsnachweise und die Herren im eigenen Hause. Der Arbeitgeber-Beiziger, Fabrikant O. Weigert-Berlin hat an den Staatssekretär des Innern Hofadovsky folgendes Schreiben gerichtet:

„Der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller hat Euer Erzellenz eine Eingabe unterbreitet, in der er gegen den Antrag auf Errichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen sich in entschiedener, jedoch meines Erachtens durchaus unbegründeter Weise ausspricht.“

Demgegenüber möchte ich mir gestatten, Euer Erzellenz Aufmerksamkeit hinzulenken auf die in anliegender Broschüre „Arbeitsnachweise und Schutz Arbeitswilliger“ erbrachten Nachweise:

- 1. über die erspriessliche, von Jahr zu Jahr wachsende Thätigkeit der paritätischen Arbeitsnachweise und 2. über die den sozialen Frieden störende, die Existenz von Tausenden gefährdende, durch die angeblich „erzieherische“, auf Führung schwarzer Listen beruhende Thätigkeit des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller und der mit ihm verbundenen Arbeitgeber-Verbände.

Sowohl der Gesamtverband der deutschen Metallindustriellen als auch der Zentralverband deutscher Industrieren bemühen sich seit Jahren, die Thätigkeit der Gewerbegerichte in unzulässiger Weise durch die Behauptung anzugreifen, daß durch deren paritätische Besetzung die Sozialdemokratie gefördert werde.

Zum Erweise der Haltlosigkeit dieser Behauptung bitte ich Euer Erzellenz die Jahresberichte des Gewerbegerichts zu Berlin für die Jahre 1895, 1896, 1897 beifügen zu dürfen.“

Die christlichen Gewerkschaften wollen Herzsich halten. Ein erster Kongreß soll zu Pfingsten in Mainz zusammenstehen, um sich mit den Grundprinzipien, Einrichtungen und Aufgaben der christlichen Gewerkschaften zu beschäftigen und ein einheitliches Vorgehen anzubahnen. — Das einheitliche Vorgehen ist jedenfalls so gedacht, den Gewerkschaften ohne religiöse Tendenz, wenn es irgend geht, das Wasser abgraben zu wollen; denn ein einheitliches Vorgehen für Verkürzung der Arbeitszeit oder für höhere Löhne ist ja von dieser Seite nicht einmal zu erwarten, das zeigte sich wieder beim Sammelweberausstand in Krefeld. — Nur Vertreter oder auch Ehrenräthe (also die Kaplanen u.) der christlichen Gewerkschaften, Fachvereine und Fachsektionen Deutschlands sollen zum Kongreß zugelassen werden. An Referaten sind vorgesehen: Charakter der christlichen Gewerkschaften, Umfang und Einrichtungen derselben, Aufgaben derselben, Mittel zur Durchführung der Aufgaben, Letztl.

Gewerbegerichtliches. Der Verband deutscher Gewerbegerichte hat beschlossen, sein Verbandsorgan, das bisher im Zusammenhang mit der Sozialen Praxis herausgegeben wurde, vom 1. Oktober an als selbständige Monatschrift erscheinen zu lassen. Damit wird für alle Funktionen der Gewerbegerichte, sowohl für Streitprechung, wie für Einigungsämter, Gutachten und Anträge ein unabhängiges Zentralorgan geschaffen.

Der Kampf gegen die Feiertage. Die „Arbeitslose Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller“ (Düsseldorfer) hat an den Minister des Innern eine Denkschrift gerichtet, in welcher um die Bestimmung ersucht wird, daß an den in die Woche fallenden gesetzlichen Einzel-Feiertagen der Betrieb um 12 Stunden, also von 6 Uhr Morgens bis 6 Uhr Abends zu ruhen habe. Nach der Meinung der Petenten genüge schon die Samstagstrafe vollkommen, die in den in Betracht kommenden Werken meist so geregelt ist, daß der einzelne Arbeiter einen Sonntag 12, den anderen 36 Stunden Ruhezeit hat, den Arbeiter vor körperlicher Ueberanstrengung zu schützen und ihm die Erfüllung seiner Pflichten zu ermöglichen. Die Industrie werde durch die vielen Feiertage geschädigt; diese Schädigung werde noch in erhöhtem Maße Platz greifen, wenn die dem Sabbatage zu-

gegangene Vorlage betreffs des Charfreitags gesetzliche Kraft bekomme, und dann, so drohen die Unternehmer, würde kein Werk sich veranlassen lassen, an dem auf den Charfreitag folgenden Sonnabend arbeiten zu lassen. Dadurch würden mit den zwei Overtagen vier Feiertage entstehen.

Welch' ein Schaden wäre das für die Arbeiter. Die Unternehmer als gute Christen und Patrioten tragen ihren Antheil an dem Verlust natürlich gern — aber die Arbeiter, die armen Arbeiter. Die Eisen- und Stahlindustrie ist „nicht in der Lage“, den Arbeitern die Lohnausfälle „in irgend einer Weise zu ersetzen“, und sie kann daher nicht für die „durch die Lohnausfälle etwa entstehende Unzufriedenheit verantwortlich gemacht werden.“

Die Besorgniß der Braven um das Wohl der Arbeiter ist in der That rührend, und die Fürsorge fällt um so mehr in's Gewicht, als es sich um eine recht geringe Zahl von gesetzlichen Feiertagen handelt. Aber selbst dieser geringe Lohnausfall soll nach dem Willen der Unternehmer nicht mehr treffen. Darum fort mit den überflüssigen Feiertagen, hinweg mit dem Satz, „die Religion muß dem Volke erhalten werden“ —, sobald das etwas kostet.

Briefkasten.

Jameln, Baden-Baden u. A. Die Einsendungen, die sich lediglich mit schlechtem Berammlungsbefuch, In-teresslosigkeit der Mitglieder zc. beschäftigen, haben für die Leser des Blattes kein Interesse und können deshalb nicht aufgenommen werden.

Verbands-Anzeigen.

Mitglieder-Versammlungen.

Altenburg. Sonnabend, 20. Mai fällt die Mitglieder-versammlung aus. Bücherausgabe findet statt.

Barmen. Am 27. Mai, Abds. halb 9 Uhr, bei Fühn, Fischerthalerstr. 19. Vortrag.

Berlin. Vertrauensmännerkonferenzen: Sonnabend, 27. Mai, für den Norden bei Diele, Ackerstr. 123; für den Süden bei Wichemann, Friedenstr. 67.

Beruburg. Sonnabend, 27. Mai.

Biebrich. Am 20. Mai.

Bitterfeld. Sonnabend, 20. Mai.

Brandenburg a. H. Montag, 29. Mai, Abds. halb 9 Uhr, in Winkel's Salon, Hauptstr. 34. Vortrag des Kollegen H. Rohrlach über den Nutzen der höheren Beitrags-leistung.

Bremen. Sonnabend, 27. Mai, Abds. halb 9 Uhr, im Vereinshaus, Hansestr. 21-22. Arbeitersekretariat. Vortrag.

Breslau. Sonnabend, 27. Mai, Abds. 8 Uhr. Vortrag: Die Unternehmerartelle und Arbeiterorganisationen. Referent: Hühne.

Dortmund. (Allg.) Samstag, den 27. Mai, in der „Reichskrone“, Mühlenstr. 6.

Dortmund. (Sektion der Klempner.) Sonnabend, 20. Mai, Abds. halb 9 Uhr, bei Kredel.

Erfurt. (Sektion der Klempner.) Jeden Sonnabend nach dem 1. und 15. bei Birjäng, Allerheiligenstr. 6.

Essen. (Sektion der Klempner.) Sonnabend, 20. Mai, bei Wente, Kapianiallee 68.

Frankenthal. Samstag, 20. Mai, Abds. halb 9 Uhr, bei Wargand, Welschgasse 33.

Gustavsburg-Rosheim. Samstag, 27. Mai. Die Verhältnisse der Nürnberg-Augsburger Maschinensabrik, Filiale Gustavsburg. Referent: Kollege Grafweg.

Hannover. (Sektion der Schmiede.) Sonnabend, den 20. Mai 8. 1/2. 1/2. 1/2. 1/2.

Karlsruhe. (Sektion der Blechler u. Installateure.) Samstag, 20. Mai, Abds. halb 9 Uhr, in der „Wacht am Rhein“. Wahl des Vorstandes. Bericht über die Ausschuss-ligung mit den Meistern.

Kiel. (Beide Verwaltungsjahren.) Mittwoch, 24. Mai, Abds. halb 9 Uhr, bei Ahrens, Alte Reibe 8. Bericht vom Gewerkschaftskongreß. Referent: Kollege Wisell. Unser Einstimmigkeit.

Ludwigshafen a. Rh. Samstag, 27. Mai, Abends halb 9 Uhr, im „Wittelsbacher Hof“, Ecke der Jäger- und Maxstraße.

Mehlis. Sonntag, 23. Mai im „Linderhof“.

Merseburg. Sonntag, 21. Mai, Vorm. 11 Uhr, im „Saaleglöbchen“.

Meißen i. N. Am 27. Mai im „Bergschlöbchen“.

Meine. Sonnabend, 27. Mai, Abds. halb 9 Uhr.

Regensburg. Sonntag, 28. Mai, Vorm. halb 10 Uhr, im „Gold-Ritter“. Vorlesung.

Reimscheid. Samstag, 27. Mai, bei Peiermann in Einzelhausen. Anstellung von Feiertagsjammulern. — Am 20. Mai fällt die Versammlung aus.

Reutlingen. Samstag, 20. Mai, Abds. 8 Uhr, in der „Germania“.

Rosheim. Sonnabend, 27. Mai, bei Schreiber, Feldstr.

Stuttgari. (Allg.) Samstag, 27. Mai, im Gewerkschaftshaus, Spingerstr. 17-19.

Welsch. Samstag, 27. Mai, Abds. halb 9 Uhr, bei Frau Kotterschalt, Neupstr. 26.

Würzburg. Samstag, 27. Mai, Abds. 8 Uhr, bei Hallinger, Wöhlhahngasse.

Berlin. Sonnabend, den 20. und Dienstag, den 23. Mai bleibt das Bureau am Nachmittag geschlossen. Desgleichen ist der Arbeitsnachweis am Dienstag, den 23. Mai Vormittags geschlossen.

Den Mitgliedern in Ober- und Niederschlesien werden wir bekannt, daß daselbst bei Johr, Oerichshöwe, Siemensstr. 2, eine Zasthelle errichtet worden ist.

Brandenburg a. H. Das Mitgliedsbuch von Otto Schreiber Nr. 177 529, wurde bei der Ortsverwaltung abgegeben. Schreiber kann es unter Beifügung von 20 S

für Porto vom Bevollmächtigten H. Weiber, Kl. Gartenstr. 27, 11, abfordern.

Bremen. Das Mitglied F. Fied, B. Nr. 169 187, hat seit Oktober vor. J. das Buch „Eöthen und Bearbeiten der Metalle“ aus der hiesigen Bibliothek entliehen und ist von hier abgereist. Wir ersuchen um Angabe seines Aufenthalts.

Crefeld. Pfingstmontag Fußtour über Sinn nach Uerdingen, am Rhein entlang nach Langs und jurid. Abmarsch Morgens punkt 5 Uhr vom Vereinslokal „Crefelder Bierhalle“. — Das Mitgliedsbuch Nr. 238 524, lautend auf Klempner Karl Bauer, geb. 8. Juli 1877 zu Zell, eingetr. in Essen, wurde hier gefunden und kann beim Kaffier Bernh. Moje, St. Antonstr. 227, 11, abgeholt werden. B. ist in Essen noch nicht abgemeldet. — An- und Abmeldungen können beim Kaffier betverfolligt werden.

Dortmund. Adresse d. Bevollmächtigten: Zimmerstr. 26.

Dortmund. (Sektion der Klempner.) Der Arbeitsnachweis befindet sich bei Kredel, Mühlenstr. 1. Geöffnet Abends 8-9 Uhr, Sonntags 11-12 Uhr Vorm. Umzuschauen freuz verboten.

Gustavsburg-Rosheim. Im Pfingstsonntag Ausflug nach Küffelsheim zum Besuch der dortigen Kollegen. Abmarsch punkt halb 2 Uhr vom Vereinslokal (Siebenhaar) Gustavsburg.

Hainichen i. S. Die Adresse des Bevollmächtigten ist jetzt: L. Kühnert, Gellertstr. 39, 1.

Kiel. Die Bibliothek ist vom 24. Mai bis auf Weiteres zwecks Revision geschlossen. Es wird ersucht, die entliehenen Bücher ohne Verzug abzuliefern.

Limbad i. S. Am 2. Pfingstfeiertag Ausflug nach dem Muldenthal. Sammeln Früh 5 Uhr im Restaurant „Reichskanzler“.

Markranstädt. Um die Adresse des Metallbrüders Wilhelm Musfeld, geb. am 9. Juni 1867 zu Müllersbach, B. Nr. 75, 686, wird gebeten. Heinrich Lange, Leipzigerstr. 56, 1.

Mügelu. Adresse des Bevollmächtigten in Mügelu (Bezirk Dresden): Bahnhofstr. 62E. An- und Abmeldungen sind daselbst von Mittags 12-1 Uhr und Abends 7-8 Uhr zu bewerkstelligen. — Der Schleifer Alfred Dietrich, geb. am 19. Mai 1881 zu Randel, eingetr. am 10. Oktober 1898 in Mulda, wird behufs Zustellung seines Verbandsbuches um Angabe seiner Adresse an D. Fellbaum ersucht.

Nürnberg. (Allgem.) Unser Bureau befindet sich Dörrersgasse 16, 11, wofelbst das Feisegeld angewiesen wird. Bureaustunden: Früh 9-1 Uhr, Nachm. 3-7 Uhr, Sonntags Früh 8-9 Uhr.

Oelschütz i. P. Am 3. Feiertag, Vorm. 10 Uhr, im „Bergschlöbchen“, gemüthliches Beisammensein. — Beiträge für den Ausflug werden entgegengenommen.

Pensfeld. Am Pfingstsonntag Ausflug nach der Kohlforter Brücke. Zusammenkunft Morgens 6 Uhr bei Trisch, Bismarckstr.

Freie Vereine.

Döbeln i. S. (Metallarbeiterverein.) Sonnabend, den 27. Mai, Abds. halb 9 Uhr, in der „Muldenterrasse“.

Gestorben.

Am 9. Mai in Mühlheim a. M. der Gütler Kaspar Hildebrand, 31 Jahre alt, an der Proletarierkrankheit. — In Chemnitz am 11. Mai der Schleifer Hermann Schöne, geb. am 6. Oktober 1870 in Hamburg.

Öffentliche Versammlungen.

Freiburg i. S. Samstag, 20. Mai, Abends halb 9 Uhr, in der „Löwenbrauerei“, Löwenstr., Dauschloffer-Versammlung.

Privat-Anzeigen.

Altenburg. Bevollmächtigte und Verbandskollegen denen der Aufenthalt des Ferners Otto Leidsenring, geb zu Zippendorf (Kr. Zeitz) bekannt ist, werden gebeten, Unterzeichnetem denselben mitzutheilen.

72] **Kiaz, Leidsenring,** Altenburg, Kreuzstr. 4.

Ein tüchtiger **Drahtflechter** sofort gesucht

Fr. Schaad, Frankfurt a. M.-Bodenheim.

73] **Erfahrener, tüchtiger und solider Metalldrücker,**

selbständiger Arbeiter, für Zinkornamente gesucht. Guter Lohn, dauernde Stellung. Offerten mit Zeugnißabschriften, Alter usw. an

71] **L. George,** Flensburg.

Zum Schutz der Organisation

gründete sich am 18. März 1891 nach dem 16wöchentlichen Kampfe der Tabakarbeiter um ihr Koalitionsrecht die

Tabakarbeiter-Genossenschaft in Hamburg.

Die Genossenschaft zahlt keine Dividende; den von derselben Beschäftigten wird ein anständiger Lohn bezahlt; bei einer evtl. Auflösung fällt das Vermögen an die Tabakarbeiter-Organisationen.

An Arbeiterorganisationen, Gewerkschaftskartelle, Arbeiter-Konsumvereine evtl. direkter Versandt zu Engros-Preisen. Vertreter erhalten Provision.

Dritte, veränderte Auflage: **Scherms Reisehandbuch für wandernde Arbeiter.** (Auch Lesebuch für Radfahrer!) Ueber 2000 Reise-touren. 1 Eisenbahn- u. 2 Straßenarten. Gebd. M. 1,50. Durch alle Buchhandl., Kolp. u. J. Scherm, Nürnberg.